

A decorative graphic consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of the title and subtitle.

Markt und Staat in der europäischen Sozialdemokratie

Progressive Perspektiven zur Entwicklung eines sozialen und nachhaltigen Marktmodells

ANKE HASSEL UND CHRISTOPH POHLMANN (HRSG.)

Juli 2010

- Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt nicht nur die Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit des unbegrenzten Marktliberalismus als politische Ideologie und ökonomische Theorie auf. Sie markiert auch einen Wendepunkt in der programmatischen Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie. Der »Dritte Weg« als Versuch, der Sozialdemokratie eine neue konzeptionelle Orientierung mit der Betonung der Vorteile der Marktliberalisierung unter Globalisierungsbedingungen zu geben, hat sich in der Praxis als unzureichend erwiesen.
- Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte einen Beitrag zur programmatischen Entwicklung eines europäischen Marktmodells leisten, das soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit wirtschaftlicher Dynamik, gesellschaftlicher Modernisierung und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet. Deshalb finden sich in dieser Publikation verschiedene europäische Perspektiven sowie eine ostasiatische »Außenperspektive«, die schlaglichtartig unterschiedliche Dimensionen einer Neudefinition des Verhältnisses von Markt und Staat beleuchten.
- Drei Bereiche sind demnach zentral für eine Neukonzeption der Markt-Staat-Beziehungen: Die Bewahrung des Sozialstaats und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, das Grundverständnis eines »aktiven Staates« sowie die Entwicklung eines neuen sozioökonomischen Paradigmas für das 21. Jahrhundert, das den gesellschaftlichen Fortschritt von dem traditionellen ökonomischen Wachstumsbegriff trennt.



Inhalt

Christoph Pohlmann und Anke Hassel	
Markt und Staat in der europäischen Sozialdemokratie: Konturen einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert	3
Carlos Mulas-Granados	
Vom »Dritten Weg« zum »Nachhaltigen Weg«: Ein neues Paradigma für progressive Politik in der Nachkrisenzeit	8
Laurent Baumel	
Markt und Staat: Eine französische Perspektive	12
Lena Sommestad	
Ökonomie einer nachhaltigen Entwicklung – eine progressive Alternative zum Neoliberalismus im 21. Jahrhundert	16
Tibor Desseffwy und Gabor Gyori	
Der Staat und die Marktwirtschaft nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – ein Blick aus Ungarn	21
Mark Wickham-Jones	
Markt und Staat: Ein Blick aus Großbritannien	26
Hannes B. Mosler	
Eine »Außenperspektive«: Markt, Staat und Zivilgesellschaft in Südkorea und Japan	33



Christoph Pohlmann und Anke Hassel

Markt und Staat in der europäischen Sozialdemokratie: Konturen einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und der »Dritte Weg«

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt nicht nur die Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit des unbegrenzten Marktliberalismus als politische Ideologie und ökonomische Theorie auf. Sie markiert auch einen Wendepunkt in der programmatischen Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie. Zweifellos ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise der Versuch führender europäischer Sozialdemokraten, in Form des »Dritten Weges« der Sozialdemokratie eine neue konzeptionelle Orientierung mit der Betonung der Vorteile der Marktliberalisierung unter Globalisierungsbedingungen zu geben, in eine Sackgasse geraten (siehe Mulas-Granados und Sommestad). Sommestad betont, dass der Dritte Weg mit seiner Fixierung auf eine »Neue Mitte« Modernisierung zu stark als wirtschaftliche Liberalisierung verstanden und damit allzu vorzeitig Kernargumente der neoliberalen Seite akzeptierte.¹ Beispiele dafür sind die Preisgabe öffentlicher Güter durch Privatisierung und Deregulierung in der Hoffnung auf Effizienzgewinne durch marktgemäße Organisationsweisen, die Fokussierung auf Chancengleichheit unter Vernachlässigung gesellschaftlicher Verteilungsgerechtigkeit oder das Umstellen von Sozialversicherungssystemen auf Grundsicherungselemente unter Zurückdrängung des Solidarprinzips.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat insofern eine Katalysatorwirkung für die Neubewertung des Verhältnisses von Markt und Staat, als sie den Staat als Garanten der Wirtschafts- und Sozialordnung auf den Plan rief. Weltweit zeigten sich die Industriestaaten dieser Aufgabe gewachsen und nahmen zu diesem Zweck eine massive Erhöhung der Staatsverschuldung in Kauf. Gleichzeitig hat – für manche Beobachter paradoxerweise – die ökonomische Krise die politische Krise der europäischen Sozialdemokratie noch beschleunigt, und die sozialdemokratischen Parteien haben sowohl nach rechts als auch nach links Wählerstimmen verloren. Offensichtlich kann der Kurs des wirtschafts- und sozialpolitischen Pragmatismus der europäischen Sozialdemokratie weder die enttäuschten,

materiell relativ häufig schlechter dastehenden Menschen am unteren Rand der Gesellschaft noch eine Mehrheit der progressiv denkenden Wähler aus der Mittelschicht überzeugen.

Damit steht die europäische Sozialdemokratie weiterhin vor der Aufgabe, ein in sich schlüssiges programmatisches Gegenmodell zum Marktliberalismus zu entwickeln. Der Dritte Weg war immerhin ein Versuch in diese Richtung, dem seither keine ähnliche Kraftanstrengung gefolgt ist. Ein Gegenentwurf muss hinreichend konkret sein, um in praktische, zukunftsgerichtete Politik in unterschiedlichen nationalen Kontexten wie auf supranationaler Ebene übersetzt werden zu können.

»Unter den Fragen, die auf der Agenda der Erneuerung stehen, ist diejenige nach der Beziehung von Markt und Staat für die Neudefinition der Identität der heutigen Linken am ausschlaggebendsten«, schreibt Laurent Baumel aus französischer Perspektive. Dies gilt auch mit Blick auf die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, der sich im Kern mit dem Verhältnis von Markt und Staat befasst. Die in dieser Publikation erscheinenden Kommentare sozialdemokratisch orientierter Intellektueller aus verschiedenen nationalen Blickwinkeln deuten gewisse Gemeinsamkeiten bei der Weiterentwicklung sozialdemokratischer Programmatik an. Sie illustrieren aber auch auf den programmatischen Suchprozess, in dem sich die europäische Sozialdemokratie nach wie vor befindet.

Die verschiedenen Perspektiven der Kommentare konzentrieren sich auf drei Bereiche, die für die Entwicklung einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Neubestimmung der Beziehung zwischen Markt und Staat für die Sozialdemokratie von besonderer Bedeutung sind: Die Bewahrung des Sozialstaats und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, das Grundverständnis eines aktiven Staates sowie die Entwicklung eines neuen sozioökonomischen Paradigmas für das 21. Jahrhundert, das den gesellschaftlichen Fortschritt von dem traditionellen ökonomischen Wachstumsbegriff trennt.

1. Für einen differenzierten Blick auf den »Dritten Weg« und den tatsächlichen Einfluss dieses Politikansatzes innerhalb von *New Labour* in Großbritannien vgl. den Kommentar von Mark Wickham-Jones in diesem Band.



Bewahrung des Sozialstaats und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der Sozialstaat westeuropäischen Typs ist – trotz seiner nationalen Unterschiede – eine zivilisatorische Errungenschaft und ein wesentlicher Beitrag zur sozialverträglichen Regulierung der Marktwirtschaft. Er wurde maßgeblich von Sozialdemokraten und Gewerkschaften politisch erkämpft und trägt trotz steigender gesellschaftlicher Ungleichheit entscheidend zum sozialen Frieden in den westeuropäischen Gesellschaften bei. Das hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise erneut gezeigt. Andererseits ist der Sozialstaat in den letzten 30 Jahren immer stärker unter Druck geraten, vor allem durch die demographische Entwicklung (Renten- und Gesundheitssystem) und die starke Veränderung der Arbeitsmärkte auf europäischer und globaler Ebene (Verlagerung von Industrieproduktion, die Entwicklung der Dienstleistungsökonomie und die Erwerbsbeteiligung von Frauen). Die Reaktion darauf bestand meist in einer – mehr oder weniger einschneidenden – Anwendung marktliberaler Politikvorschläge: der Privatisierung öffentlicher Güter, Einschränkung des Leistungsumfangs der Sozialversicherungssysteme zugunsten ergänzender privater Vorsorge sowie Lohnzurückhaltung. Gleichzeitig hat sich die gesellschaftliche Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen deutlich erhöht.

Diese Entwicklungen sind jedoch nicht zwangsläufig, sondern Folge politischer Entscheidungen. Insofern können sie auch modifiziert und zumindest die Lasten gesamtgesellschaftlich gerechter verteilt werden. Die Sozialdemokratie kann sich als diejenige politische Kraft profilieren, die soziale Errungenschaften offensiv verteidigt und damit für gesellschaftlichen Zusammenhalt eintritt. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche – öffentlich wie privat – wird immer mehr als Problem wahrgenommen, auch weil die Leistungen aus privater Hand häufig nicht den Erwartungen entsprechen. Dies gilt für Elemente der Daseinsvorsorge wie für kapitalgedeckte Versicherungsleistungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise bietet für Sozialdemokraten wie Gewerkschaften und solidarische Zivilgesellschaft die Chance, den Wert des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie nicht-marktförmig organisierter Lebensbereiche herauszustellen.

Der aktive Staat

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat den Staat zu einem umfassenden Eingriff in die Wirtschaft gezwungen. Er wurde gegen seinen Willen aktiviert. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, diese neue Rolle des Staates im Hinblick auf den Markt weiterzuentwickeln. Für die Sozialdemokratie ist die Rolle des neuen »aktiven Staates«² in drei Feldern von besonderer Bedeutung: In der Sozialpolitik, in der Industriepolitik sowie bei der Regulierung der Märkte.

Der aktive Staat in der Sozialpolitik

Die freie und global vernetzte Marktwirtschaft und die offene moderne Gesellschaft entwickeln sich dynamisch weiter. Entsprechend steht auch die Sozialpolitik in einer sozialen Marktwirtschaft ständig vor der Herausforderung, sich auf veränderte sozioökonomische Realitäten einstellen zu müssen. In den 1980er und 1990er Jahren – also nach dem vorläufigen Höhepunkt der sozialdemokratischen Reformen der 1970er Jahre – hat sich gezeigt, dass die westeuropäischen Sozialsysteme trotz steigender Sozialkosten weder Massenarbeitslosigkeit noch gesellschaftliche Ausgrenzung verhindern konnten. Die Effizienzprobleme eines zu sehr auf Alimentierung und Umverteilung ausgerichteten Sozialstaats waren wiederum ein Einfallstor für die Beschneidung und Privatisierung sozialstaatlicher Leistungen von neoliberaler Seite.

Der aktive Sozialstaat sollte deshalb vor allem auf die ermöglichende Dimension von Sozialpolitik setzen. Hier lässt sich an das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats anknüpfen. Diesem Ansatz liegt ein breites Verständnis von Sozialpolitik zugrunde, das vor allem Bildungspolitik von frühkindlicher Bildung über Schul- und Berufsausbildung bis hin zu universitärer Bildung und beruflicher Weiterbildung als Schlüssel zur Befähigung möglichst vieler Mitglieder der Gesellschaft begreift, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Aber der Fokus auf Bildung allein reicht nicht aus: Es geht ebenfalls um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ermöglichung altersgerechter Arbeit, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die stärker fördert als nur zu fordern, sowie die Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge.

2. Mit dem Begriff des »aktiven Staates« knüpfen wir an entsprechende Vorschläge von Ernst Hillebrand (Hillebrand 2009) sowie Patrick Diamond und Roger Liddle (Diamond/Liddle 2010) an.



Für den Erhalt des Sozialstaats ist die Zustimmung der breiten Mittelschichten unverzichtbar. Leistungen sollten nicht auf die Armutsbekämpfung beschränkt sein, sondern sich auf die Ermöglichung einer breiter Teilhabe aller beziehen. Die Bürger sind bereit, für den Wohlfahrtsstaat zu bezahlen, wenn sie selbst in den Genuss seiner Leistungen kommen und wenn sich der Wohlfahrtsstaat als gesamtgesellschaftlich leistungsfähig erweist. Auch deshalb gilt es zu verhindern, dass sich eine neue gesellschaftliche »Unterschicht« dauerhaft etabliert, die nicht am gesellschaftlichen Fortschritt teilhat (vgl. Gyori/Desseffwy). Hier sind offensiv aktivierende Elemente vonseiten des Staates in Zusammenarbeit z. B. mit den Wohlfahrtsverbänden oder privaten Stiftungen und Initiativen in den Blick zu nehmen.

Insgesamt wird es im 21. Jahrhundert immer stärker darum gehen, möglichst vielen Menschen Zugang zu unterschiedlichen Dimensionen der Wissensgesellschaft zu ermöglichen. Aktive Sozialpolitik trägt über funktionierende kollektive Systeme der Sicherung und Ermöglichung zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bei.

Der aktive Staat in der Industrie- bzw. Sektorpolitik

Der Markt ist zwar potenziell der effizienteste Allokationsmechanismus, er bedarf aber der Regulierung – er reguliert sich nicht selbst. Dem aktiven Staat kommt auf der einen Seite die Aufgabe zu, wettbewerbsfähige Angebotsbedingungen für privatwirtschaftliche Unternehmen zu gewährleisten (vgl. Baumel 2010). Dazu gehören auch stetige öffentliche Investitionen in die Infrastruktur. Auf der anderen Seite sollte der Staat durchaus als aktiver Mitspieler im Wirtschaftsgeschehen auftreten, der über Anreiz- und Sanktionsmechanismen nicht nur fairen Wettbewerb garantiert, sondern auch zukünftige Megatrends mitgestaltet (vgl. dazu die Beiträge von Baumel, Gyori/Desseffwy und Mulas-Granados). Beispiele sind die Förderung von Umwelttechnologien bzw. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ebenso wie der Ausbau qualitativ hochwertiger Dienstleistungen, vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich. Aktive sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sollte sich dabei klar zur Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft bekennen und diese – auch auf dem Wege der entsprechend zielgerichteten Besteuerung – stärken. Dies gilt vor allem für den Mittelstand. Die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Finanzdienstleistungen und das Finanz-

gewerbe insgesamt wie in Großbritannien kann nicht als Vorbild einer erneuerten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in Europa dienen.

Der aktive Staat in der Regulierung des globalen Finanzkapitalismus

Der enorme Bedeutungszuwachs der globalen Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft ist mindestens ebenso Ergebnis von Staatsversagen wie des Versagens von Marktmechanismen. Schließlich waren es politische Entscheidungen der sukzessiven Deregulierung der Finanzmärkte sowie der Bereitstellung von Liquidität, die Ausbreitung hochspekulativer Finanzgeschäfte, überzogenes Renditestreben sowie die Bildung von Spekulationsblasen erst ermöglicht haben. Der Sozialdemokratie bietet sich hier nicht nur ein wichtiges Profilierungsfeld, sie steht auch in der Verantwortung, Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu korrigieren. Die Regulierung des Finanzkapitalismus ist auf europäischer und globaler Ebene zu lenken, insofern wäre es auch eine Gestaltungsaufgabe für die internationale Sozialdemokratie (vgl. Gyori/Desseffwy). Im Übrigen bietet sich hier ein wichtiger Ansatzpunkt für die Bearbeitung globaler Fragen wie Klimawandel, Armut und Unterentwicklung. So könnte über die Besteuerung von Finanztransaktionen ein wichtiger Beitrag zum Ausbau sozialer Sicherungssysteme und zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel in Entwicklungsländern geleistet werden (vgl. Busch 2009).

Nachhaltigkeit als das sozioökonomische Paradigma für das 21. Jahrhundert

Der Neoliberalismus konnte wirtschaftswissenschaftliche und politisch-ideologische Debatten dominieren, weil er nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus eine in sich logische Deutung der Globalisierung anbot (vgl. Sommestad). Und nicht nur dies: Er lieferte das politische Reform- und Anpassungsprogramm auch noch mit. Die Dominanz war so stark, dass sich die Sozialdemokratie weltweit seinen Grundannahmen anschloss und über den Dritten Weg versuchte, ihn mit sozialdemokratischen Grundwerten zu versöhnen. Die europäische Sozialdemokratie wird nur dann einem sich neu formierenden Marktliberalismus etwas im Diskurs entgegenzusetzen können, wenn sie ein eigenes sozioökonomisches



Paradigma für das 21. Jahrhundert entwickelt. Dieses muss eine Deutung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer sich weiter globalisierenden Welt anbieten sowie gleichzeitig die Ableitung konkreter Politiken ermöglichen.

Ein solches Paradigma könnte in einem **umfassenden Begriff der Nachhaltigkeit** bestehen, wie ihn Carlos Mulas-Granados aus spanischer Perspektive entwickelt hat: »Dieser neue »Nachhaltige Weg« des sozialdemokratischen Diskurses sollte schwerpunktmäßig ein sozio-ökonomisches Modell entwickeln, das in Fragen der Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt nachhaltig ist. Bei ökonomischer Nachhaltigkeit geht es um den Versuch, künftigen Generationen mehr Haben als Verbindlichkeiten zu hinterlassen; unter sozialer Nachhaltigkeit ist zu verstehen, dass künftige Generationen mehr Chancen als die heutigen haben, und bei umweltfreundlicher Nachhaltigkeit geht es darum, dass künftige Generationen eine kreative statt eine zerstörerische Beziehung zur Natur haben« (Mulas-Granados 2010).³

Es geht also um die Kombination von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Die Vereinbarkeit aller drei Dimensionen begründet ihren Anspruch als progressive Volkspartei.

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit in der obigen Definition deutet an, dass die Sozialdemokratie ihr traditionelles Verständnis von Wachstum überdenken muss, um einen zeitgemäßen Begriff von gesellschaftlichem und individuellem Fortschritt zu entwickeln. »Neues Wachstum« zur Erzielung gesellschaftlichen Fortschritts darf in diesem Verständnis nicht mehr nur als BIP-Wachstum verstanden werden, sondern muss viel stärker bisher vernachlässigte Dimensionen wie Lebensqualität und ökologische Externalitäten in den Blick nehmen.⁴ Die Entwicklung eines neuen Wachstums- und Fortschrittsbegriffs sollten Sozialdemokraten als zentrale Aufgabe begreifen, denn sowohl Konservative wie auch Grüne versuchen bereits, hier die Diskurshegemonie zu erlangen – mit potenziell großen Erfolgsaussichten gerade beim städtischen, »post-modernen« Bürgertum.

3. Ähnlich auch Lena Sommestad in ihrem Beitrag unter Rückbezug auf den Brundtland-Bericht (Sommestad 2010).

4. Vgl. Stiglitz, Sen, Fitoussi: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

Soziale Nachhaltigkeit setzt eine aktive und vorsorgende Sozialpolitik voraus.

Ökologische Nachhaltigkeit ist ein politisch umkämpftes Thema. Für Grüne ist es der Markenkern, Konservative werden in Zukunft verstärkt versuchen, sich des Themas wertebasiert im Sinne der »Bewahrung der Schöpfung« zu bemächtigen. Für die Sozialdemokratie bietet sich die Möglichkeit, die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit auch als wirtschaftliches und soziales Zukunftsthema zu begreifen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl binnen- als auch exportorientiert durch die Förderung von Umwelttechnologien und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind ein Beispiel. Außerdem ist dies eines der wenigen Politikfelder, in dem ein selbstbewusster Verweis auf die eigene Regierungspolitik in der jüngeren Vergangenheit möglich ist.

Dieser inklusive Nachhaltigkeitsbegriff bietet die Möglichkeit, dass die Sozialdemokratie wieder überzeugend als die politische Kraft wahrgenommen wird, die für die Realisierung von Chancen und für gesellschaftlichen Fortschritt steht. Insofern ist dieser Nachhaltigkeitsbegriff auch mit dem Gedanken sozialer Sicherung kompatibel, für den Sozialdemokratie traditionell steht, und ist für die klassischen Wählergruppen der Sozialdemokratie aus der unteren Mittelschicht von zentraler Bedeutung.

Ein neues progressives sozioökonomisches Paradigma kann nicht mehr nur im nationalen Rahmen gedacht werden. »Staat« in der Debatte um »Markt und Staat« ist nicht mehr allein der Nationalstaat. Die Erprobung neuer Mechanismen des Regierens jenseits des Nationalstaats entscheiden über die Handlungsfähigkeit des aktiven Staates.

Mindestens drei konkrete politische Reformprojekte ergeben sich aus dem inklusiven Nachhaltigkeitsbegriff im Weltmaßstab: **Ökonomisch** die Regulierung des Finanzkapitalismus, **sozial** die Bekämpfung von Armut und Exklusion vor allem durch Mechanismen globaler Umverteilung, Ausbau sozialer Sicherung und **ökologisch** das Projekt eines »Global Green New Deal« (vgl. Sommestad). Letzterer könnte das Leuchtturmprojekt einer erneuerten Sozialdemokratie sein, würde er doch alle drei Dimensionen des skizzierten neuen sozialdemokratischen Leitbildes von Markt und Staat beispielhaft verbinden.



Zivilgesellschaft und Allianzen

Die Tatsache, dass die europäische Sozialdemokratie bisher nicht in der Lage war, eine eigene Deutung der Globalisierung in Konkurrenz zum Marktliberalismus zu entwickeln, hat auch mit der immer schlechteren gesellschaftlichen Verankerung der Sozialdemokratie zu tun. Dies liegt zum einen in lang anhaltenden gesellschaftlichen Trends wie Individualisierung, stärker projektorientiertem Engagement und der nachlassenden Bindungsfähigkeit von Großorganisationen allgemein begründet. Gleichzeitig sind traditionelle Allianzpartner wie die Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände weggebrochen oder weiter geschwächt. Hinzu kommt, dass die sozialdemokratischen Parteien sich bisher zu wenig auf neue soziale Phänomene wie ökologische und soziale Initiativen eingelassen haben.

Insofern droht die Sozialdemokratie nicht nur ihre Stammwählerschaft bei den organisierten Arbeitnehmern oder Arbeitslosen zu verlieren, sondern auch das städtische Bildungsbürgertum. Gerade letzteres wäre aber einem neuen, auf inklusive Nachhaltigkeit ausgerichteten Politikansatz der Sozialdemokratie besonders offen gegenüber (vgl. Sommestad). Die intellektuelle Verarmung der europäischen Sozialdemokratie hat auch damit zu tun, dass sie in der Vergangenheit den Austausch mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu wenig gesucht hat, aus deren Lebensrealität und aus deren Kreativität sich ihre programmatische Weiterentwicklung früher immer gespeist hat.

Sowohl für die Entwicklung als auch die Durchsetzung einer neuen sozialdemokratischen Deutung des Verhältnisses von Markt und Staat ist die Wiederbelebung und Bildung unterschiedlicher Allianzen und Netzwerke in die Gesellschaft hinein notwendig (vgl. Hassel 2009, S. 3). Das Verhältnis von Markt und Staat kann nicht ohne die Zivilgesellschaft definiert werden (siehe den Beitrag von Hannes Mosler). Hier finden sich zahlreiche Ansätze zur indirekten Regulierung von Märkten über Konsumverhalten (fair trade) und politische Initiativen (zum Beispiel im Bereich der Menschenrechte). Ein Dialog mit neuen zivilgesellschaftlichen Organisationen und gesellschaftlich relevanten Unternehmen ist der Ausgangspunkt für die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien wie auch für gesellschaftlichen Wandel. Die Sozialdemokratie kann den Wandel aktiv voran treiben, indem sie zivilgesellschaftliche Initiativen für Entwicklung, Umwelt, Bürgerrechte und Familien aktiv unterstützt.



Carlos Mulas-Granados

Vom »Dritten Weg« zum »Nachhaltigen Weg«: Ein neues Paradigma für progressive Politik in der Nachkrisenzeit

Der Meinungs austausch über die Beziehungen zwischen Markt und Staat, der auf der Basis von Professor Hassels Hintergrundpapier von der Friedrich-Ebert-Stiftung ange regt wurde, bietet einen stimulierenden Kontext, um viele kritische Fragen anzugehen, mit denen sich die Sozialde mokratie heute auseinandersetzen muss. Unter den vielen möglichen Fragen wird sich dieser kurze Kommentar nur auf die folgenden drei konzentrieren: 1) Warum denken die meisten Analysten, dass sich die Sozialdemokratie in der Krise befindet? 2) Was könnten die Leit motive und Schlüsselkonzepte sein, die erneut zur Erlangung eines hegemonialen Diskurses für die Sozialdemokratie beitra gen könnten? Welche Rollen sollten wir dem Markt und dem Staat in diesem neuen Diskurs zuerkennen?

Warum befindet sich die Sozialdemokratie in der Krise?

Lassen Sie mich zunächst zu dem Punkt Stellung nehmen, warum so viele Analysten die Ansicht vertreten, die Sozialdemokratie befände sich in der Krise. Seit Beginn der Wirtschaftskrise verspüren sowohl fortschrittliche Intellektuelle als auch fortschrittliche Politiker ein Gefühl der Ungerechtigkeit, da seit Ausbruch der Krise konser vative Kräfte in den meisten Wahlen mehr dazu gewon nen haben als Mitte-Links-Parteien. Sie sehen sich mit dem folgenden Paradox konfrontiert: wenn die Krise durch das neoliberale ökonomische Paradigma ausgelöst wurde, warum haben sich die Wähler bei der Suche nach einem geeigneten Ausweg nicht an die Sozialdemokra ten gehalten?

Es können fünf Gründe ausgemacht werden, die viele der sozialdemokratischen Parteien in Europa miteinander ge mein haben, und alle fünf sind auf Unzulänglichkeiten des Dritten Weges zurückzuführen.¹

Erstens dachten die europäischen Sozialdemokraten, sie hätten das Monopol, Sicherheitsnetze und soziale Ret tungspakete für Bürger anzubieten, die von der Krise be-

troffen sind. Obwohl die öffentliche Bereitstellung von Sozialpolitik in Europa jahrzehntelang ein entscheidender ideologischer Unterschied zwischen den Sozialdemokra ten und den Konservativen war (und noch immer in Län dern wie den USA ist), ist heute der Sozialstaat Teil der Institutionen, die unsere Demokratien ausmachen (ge nau so wie Wahlen oder unabhängige Medien). In Folge dessen ließen diejenigen Parteien, die bei Ausbruch der Krise an der Regierung waren (die meisten davon Mitte-Rechts), einfach nur den Sozialstaat sein Werk wie vorge sehen verrichten. Sozialdemokraten haben dann darauf reagiert, als wäre ihnen eines der Herzstücke ihrer Agenda geraubt worden, obgleich sie hätten verstehen müssen, dass der ideologische Kampf in Europa nicht mehr über Rettungspakete ausgetragen wird (die institu tionell garantiert sind), sondern über den Entwurf einer differenzierten Reformagenda, die auf einem alterna tiven wirtschaftlichen Paradigma für die Zukunft basiert.

Zweitens haben die europäischen Sozialdemokraten bei diesem alternativen wirtschaftlichen Modell schlechte Arbeit geleistet, indem sie nicht oder nur schlecht defi niert haben, wofür sie stehen oder worin sie sich von den Konservativen unterscheiden. Mit dem Dritten Weg wurde der Versuch unternommen, fortschrittliches Ge dankengut mit Marktwirtschaft, Individualismus und Globalisierung in Einklang zu bringen. Dies half Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder dabei, politi sche Hegemonien in einem Zeitalter zu etablieren, in dem die Konservativen dominierten. Alle drei Projekte waren zwar egalitär, gaben dabei aber etliches von dem preis, was für sozialdemokratisches Denken charakteristisch ist, so dass es den Konservativen gelang, den Unterschied zwischen ihnen und den Sozialdemokraten zu verwis chen. Außerdem stammen viele der momentanen Schwierigkeiten, die Sozialdemokraten beim Abstecken eines alternativen, wirtschaftlichen Paradigmas haben, aus Lücken im Denken des Dritten Weges, besonders hin sichtlich der industriellen Erneuerung.

Drittens haben die Sozialdemokraten dort versagt, wo es darum ging, auf die Werte der Wähler einzugehen, und daher tun sie sich schwer, auf Volkes Zorn zu reagie ren, der typischerweise in solchen Werten verwurzelt ist. Die Stärke des Dritten Weges lag einmal in seiner Ablehnung von Ideologie; das hat sich jetzt in Schwäche

1. Die folgenden Absätze basieren auf dem Artikel *Más allá de la Tercera Vía* von Carlos Mulas und Matt Browne, abrufbar unter <http://www.elmundo.es/opinion/tribuna-libre/2009/10/19570138.html>, und dem Artikel *What Is Wrong with Social Democracy?* von Matt Browne, Ruy Teixeira und John Halpin, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,652231,00.html>.

verkehrt. Sozialdemokratische Politiker leiden oft unter »Seminaritis«, und behandeln den politischen Prozess als eine Angelegenheit, bei der es darum geht, Daten, Belege und beste Ideen zu sammeln. Aber Wähler brauchen mehr als nur Listen mit politischen Standpunkten. Indem sie sich auf Verantwortung und technokratische Reform konzentrieren, vermitteln Sozialdemokraten ein Desinteresse an den Werten und Gefühlen der Arbeiterklasse und der im Entstehen begriffenen fortschrittlichen Wählerschaften. In Folge dessen werden sie von Parteien zu ihrer Linken und Rechten sowie von den Grünen und Liberalen überrundet.

Viertens finden sich Sozialdemokraten jetzt mit einer Flut von neuen politischen Herausforderungen konfrontiert, die der Dritte Weg nicht vorhergesehen hatte. Der Dritte Weg ist in einer durch und durch optimistischen Zeit entstanden. Das Ende des kalten Krieges und der Dot.com-Boom verführte viele dazu zu glauben, dass Ideologie (und politischer Konflikt) eine Sache der Vergangenheit wäre und dass die postmodernen Ökonomien in der entwickelten Welt von Dienstleistungen leben könnten, während man die Güter konsumierte, die in den Entwicklungsländern produziert würden. Aber das Eintreten von einer Milliarde neuer Arbeiter in die globale Wirtschaft ist nicht ohne Folgen geblieben. Während die Erträge der Globalisierung breit verteilt werden, tragen nur einige Wenige die Kosten – in der Regel die Arbeiterschaft, die einmal die Basis der sozialdemokratischen Parteien bildete. Diese Trends sind durch die augenblickliche Krise verschärft worden und den sozialdemokratischen Parteien ist es nicht gelungen, eine überzeugende Antwort darauf anzubieten. Zählt man dann noch Sorgen bezüglich Immigration, Kriminalität und islamischen Terrorismus dazu, sind europäische Wählerschaften anfällig für eine Politik der Angst und des Populismus. Sozialdemokraten befinden sich zur Zeit in einer Zwickmühle: sie müssen sich schwerhörig stellen – sie preisen die Tugenden der Globalisierung oder des Multikulturalismus, ohne die damit verbundenen Schwierigkeiten zuzugeben – oder sie entfremden Teile ihrer Wählerschaft, die sie brauchen, um Ämter zu erringen. In Fragen der Wirtschaft und Immigration wird ihre Stammwählerschaft von emotionalen Appellen ihrer Konkurrenz auf dem rechten oder linken Flügel in Versuchung geführt; verwenden sie aber die gleiche Sprache, verlieren sie die Unterstützung ihrer »ethischen Wähler«.

Und fünftens ist es den Sozialdemokraten nicht gelungen, die Art und Weise, wie sie Politik betreiben, zu modernisieren. Der Reiz vieler neuer ethischer oder fortschrittlicher Bewegungen ist, dass sie offen und weniger hierarchisch strukturiert sind. Die Tage, als Kontrollstrukturen von oben den 24-Stunden Nachrichtenzyklus und die Entwicklung politischer Botschaften bestimmten, gehören der Vergangenheit an. Das Aufkommen neuer sozialer Medien und der »Blogosphäre« machen solch einen Ansatz unmöglich. Zudem sind Wähler jetzt weniger ehrerbietig und wollen eine aktivere Rolle im politischen Prozess spielen.

Was sollte das neue, gewinnende Paradigma für die Sozialdemokratie sein?

Während der Dritte Weg eine notwendige Phase in der Erneuerung der sozialdemokratischen Denkweise darstellt, hauptsächlich deshalb, weil er einer an Konservatismus gewöhnten Wählerschaft die Möglichkeiten progressiver Politik nahe brachte, so hat er doch seine beste Zeit hinter sich. Wenn sozialdemokratische Parteien sich erholen wollen, müssen sie in eine neue Phase eintreten. Meiner Meinung nach sollte diese neue Phase von einer Suche nach einem neuen sozioökonomischen Paradigma bestimmt sein, das über die momentan statische Welt-sicht hinausgeht, in der es bei der Parteipolitik um die Verteilung der Macht und/oder des Einkommens zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen geht. In den kommenden Jahren sollten sich die fortschrittlichen Kräfte im Vergleich zu den Konservativen als dynamisch verstehen. Wenn Veränderungen auftreten, haben Konservative die Tendenz, diese zu negieren oder abzublocken, während Progressive sich als Gestalter dieser Veränderungen definieren sollten, um Verbesserungen für die Mehrheit zu erreichen. Sogar in den Fällen, in denen gemäßigte Konservative (wie Cameron in Großbritannien oder Merkel in Deutschland) geschickt mit dem Wandel umgehen, haben sie die Tendenz, Reformen von der Art durchzusetzen, die ihre Gesellschaften zwar effizienter, jedoch nicht gerechter machen. Wenn man dies berücksichtigt, bestünde der Unterschied zwischen reformistischen Konservativen oder Liberalen und dynamischen Sozialdemokraten in dem andauernden Streben nach sozialer Mobilität. Progressive sollte in Zukunft definieren, dass der Staat (d. h. neue Politiken der öffentlichen Hand oder neue Bürgerrechte) genutzt wird, um

die soziale Mobilität durch Aufstiegschancen in einer sich ständig verändernden Umwelt zu gewährleisten.

In einer sich schnell verändernden Welt haben Sozialdemokraten viel zu gewinnen, indem sie von einem horizontalen in einen vertikalen Wettbewerb umschwenken.² Dies verlangt natürlich nach einer klaren Vorstellung davon, was die Sozialdemokraten von der Zukunft erwarten. Nur nach Veränderung zu rufen könnte sich als kontraproduktiv erweisen, wenn es im Diskurs nur um Ungewissheit, Aktivierung und Anpassung geht, denn die Wähler sind risikoscheu. Deswegen ist der sozial-liberale Ansatz, der den Dritten Weg charakterisiert hatte, in der Krise von den sozial-populistischen Ansätzen übertrumpft worden.

Der neue sozialdemokratische Diskurs sollte eine klare Vorstellung von dem neuen sozioökonomischen Paradigma entwickeln, für das er steht. Wie ich es sehe, trat der Dritte Weg für Effizienz und Wachstum ein (genau wie die Konservativen), das neue Paradigma sollte sich die Maximierung von Nachhaltigkeit und Wohlstand zum Ziel setzen. Dieser neue »Nachhaltige Weg« des sozialdemokratischen Diskurses sollte schwerpunktmäßig ein sozioökonomisches Modell entwickeln, das in Fragen der Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt nachhaltig ist. Bei *ökonomischer* Nachhaltigkeit geht es um den Versuch, künftigen Generationen mehr Haben als Verbindlichkeiten zu hinterlassen; unter *sozialer* Nachhaltigkeit ist zu verstehen, dass künftige Generationen mehr Chancen als die heutigen haben, und bei *umweltfreundlicher* Nachhaltigkeit geht es darum, dass künftige Generationen eine kreative statt eine zerstörerische Beziehung zur Natur haben. Wiederum könnten gemäßigte Konservative

2. Horizontaler Wettbewerb ist der traditionelle Wettbewerb um Wählerstimmen, der auf der Unterscheidung zwischen Links und Rechts beruht, die meist im Diskurs über den Klassen-Cleavage auftaucht. Vertikaler Wettbewerb geht über dieses traditionelle Konzept hinaus und nimmt an, dass in der Zukunft jeder Bürger sowohl Arbeiter als auch Eigentümer, Lohnempfänger als auch Unternehmer sein könnte (in verschiedenen Lebensphasen oder sogar gleichzeitig). Zum Beispiel könnten im Rahmen eines vertikalen Wettbewerbs diejenigen, die ihre erworbenen Privilegien behalten wollen, mit denjenigen konfrontiert werden, die neue Privilegien für diejenigen erreichen möchten, die unter den neuen Gegebenheiten keine Privilegien besitzen. Es gibt sowohl auf der Rechten (z. B. wohlhabende Familien oder Firmen) als auch auf der Linken (z. B. Gewerkschafter) gesellschaftliche Gruppen, die auf konservative Art und Weise handeln und die im Wahlkampf mit innovativen und ausgegrenzten Arbeitnehmern konfrontiert werden könnten (z. B. Immigranten, Frauen oder Jungwähler). Politiken, die von denjenigen, die im Sinne des Korporatismus handeln, als reaktionär eingestuft würden, würden dann von anderen gesellschaftlichen Gruppen, die eine dynamische Perspektive vertreten, als progressiv eingestuft werden. Dies wird sich in wichtigen Debatten zeigen, wie der Debatte um Rentenreform, Politiken hinsichtlich des Klimawandels, Politiken zur Aktivierung des Arbeitsmarktes usw.

diesen Ansatz verfolgen. Aber im sozialdemokratischen Konzept von Nachhaltigkeit geht es nicht nur um Fortschritt. Es geht um ausgewogene Verbesserungen in diesen drei Bereichen der Nachhaltigkeit. Während Konservative wirtschaftlicher Nachhaltigkeit als notwendige Bedingung einen Vorrang einräumen würden, um dadurch soziale und umweltfreundliche Nachhaltigkeit zu erreichen,³ verstehen Sozialdemokraten, dass sich die drei Dimensionen gegenseitig bedingen. Da harmonische Veränderungen nicht möglich sind, zeichnete sich darüber hinaus das sozialdemokratische Konzept von Nachhaltigkeit durch einen ständigen Einsatz von öffentlichen Instrumenten zur Umverteilung von Ressourcen und Ergebnissen aus, um dieses erweiterte Konzept von Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Als Folge dieser ideologischen Verschiebung würden politische Debatten und Auseinandersetzungen einen neuen Rahmen erhalten, um in dieses neue, vertikale, generationsübergreifende und dynamische Paradigma zu passen. Die alten Debatten über Effizienz vs. Gerechtigkeit, Wachstum vs. Wohlfahrt und Freiheit vs. Gleichheit würden in Hinsicht auf ihren relativen Beitrag zu einer nachhaltigeren Gesellschaft umdefiniert werden müssen. Zum Beispiel können Programme zur Kinder- oder Seniorenbetreuung, finanziert durch die Besteuerung von Firmen, die Gendergleichheit für arbeitende Mütter verbessern, das Wohlbefinden von Behinderten steigern und insgesamt die Markteffizienz erhöhen, wenn Frauen, die eine höhere Produktivitätsrate haben als Sozialarbeiter, in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

Welche Rolle sollten der Markt und der Staat in diesem neuen Paradigma spielen?

Im Zusammenhang mit diesem neuen Paradigma sollten Sozialdemokraten nicht zu den alten Debatten über die statische Rolle des Marktes und des Staates zurückkehren, wie in Prof. Hassels Papier erwähnt. In dieser Hinsicht stimme ich nicht mit Prof. Hassels Ansicht überein, dass wir wieder für eine stärkere Rolle des Staates gegenüber den Märkten eintreten sollten. Meiner Meinung nach

3. Es gibt ein deutliches Beispiel für diese unterschiedlichen Konzepte von Nachhaltigkeit in den zwei Versionen der Lissabon-Strategie der EU. Während der sozialdemokratische Ansatz der ursprünglichen Lissabon-Strategie im Jahr 2000 ökonomische, soziale und umweltpolitische Agenden als gleichwertig einstufte, folgte die reformierte Lissabon-Agenda 2005 einem 1 + 2 Ansatz, wie er durch den konservativen Präsidenten der EU Kommission, José Manuel Barroso, definiert wurde.

sollte jetzt folgender neuer Rahmen gegeben werden: Einerseits sollten die Märkte reformiert werden, so dass sie private Güter in einer nachhaltigen Form zur Verfügung stellen können. Dies kann lediglich durch neue Regulierung und neue Anreizsysteme nach dem Muster von Zuckerbrot und Peitsche geschehen. Andererseits sollte der Staat diesen neuen Rahmen nicht nur regulieren, sondern sich auch selber reformieren, um im Falle von Marktversagen im Sinne der neuen nachhaltigen Ziele kompensieren zu können.⁴ Am allerwichtigsten ist aber, dass der Staat des Nachhaltigkeitsparadigmas in der Lage sein sollte, spezifische öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen, um so das langfristige Gleichgewicht zu garantieren, dass das neue Paradigma benötigt.

In der Folge sollte der Wohlfahrtsstaat an die neue Logik angepasst werden. Diese neue Logik ist die eines Dynamischen Staates, der eine neue Form des Wohlfahrtsstaats darstellt, in dem zwei grundlegende Veränderungen stattfinden sollten: (1) Eine Veränderung der Mittel und Verfahren, um intern dynamischer und nachhaltiger zu funktionieren und ein vorwärtsgewandt Handelnder zu werden, der privat Handelnde leitet und positive Externalitäten in seiner Beziehung zu Wählern, Arbeitern und Betrieben schafft, (2) eine Veränderung der Ziele: der dynamische Wohlfahrtsstaat wird nicht nur die traditionellen Risiken, die mit dem Arbeitsmarkt assoziiert werden (wie Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Altern und Arbeitslosigkeit) abdecken, sondern sich zum Ziel setzen, neue Risiken abzudecken, die mit permanenter Veränderung einhergehen (wie das Risiko, in einer Übergangsphase festzustecken und daher von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein), und solche, die mit nicht nachhaltigem Wandel in Verbindung gebracht werden (wie Finanzmarktblasen, Migrationsbewegungen oder Klimakatastrophen).

In der Praxis würde die Idee eines dynamischen Staates als vorausblickender Akteur einen vorsorgenden Wohl-

fahrtsstaat in der Gesundheitspolitik voraussetzen, (beispielsweise durch Programme gegen kindliches Übergewicht und Raucherentwöhnung); sie würde in der Bildungspolitik einen aktiv-befähigenden Staat voraussetzen (beispielsweise durch Programme, die beschäftigte Angestellte verpflichten, neue Fertigkeiten zu lernen, selbst wenn sie noch in Arbeit stehen); sie würde ebenfalls einen strategischen Staat in der Industriepolitik (zum Beispiel durch Programme, die bestimmte Schlüsselbranchen für die Zukunft stimulieren, wie erneuerbare Energien, Raumfahrtindustrie, Biotechnologie, Elektro-Autos, Unterhaltungsprojekte etc.).

Die jüngste Krise hat gezeigt, dass der Staat in seiner Schlüsselrolle als Bereitsteller von Sicherheitsnetzen sehr erfolgreich war, da er sowohl die Finanzmärkte als auch die Bürger rettete, die am stärksten von der einsetzenden Wirtschaftskrise betroffen waren. Jetzt, da wir das Ende der Krise absehen können, sollte der dynamische Staat beim Übergang zu einem neuen sozioökonomischen Paradigma zwei wichtige, zusätzliche Rollen übernehmen: er sollte die Märkte zugunsten dieser nachhaltigen Ziele neu regulieren, und er sollte als strategischer Akteur handeln, in die dynamischsten Branchen investieren und so neue Chancen für alle schaffen. In Anbetracht der Schuldenlast, die die jüngste Krise hervorgebracht hat, könnte dies bedeuten, dass neue Einkommensquellen erschlossen werden müssen. Aber wenn sie gut verwaltet werden (beispielsweise durch eine Finanztransaktionssteuer, CO₂-Steuern, neue Erbschaftssteuern oder die Regulierung von Geldanlagen in Steuerparadiesen), könnten die gleichen Politiken ein wichtiger Teil der Reformen sein, die wir benötigen, um eine Gesellschaft aufzubauen, die ökonomisch, sozial und umweltpolitisch nachhaltig ist.

4. Zum Beispiel sollte der dynamische Staat eine führende Rolle bei einer Neudefinition des BIP spielen, das nicht nur materielle Erträge misst, sondern auch sozialen Zusammenhalt und die Qualität der Umwelt berücksichtigt. Außerdem sollte der dynamische Staat eine Schlüsselrolle dabei spielen, bedeutendes Marktversagen in Bezug auf die Bereitstellung von Umweltkapital anzugehen (etwa durch aktive Wiederaufforstung, Wassermanagementpolitik usw.). Und schließlich sollte der dynamische Staat neue Anreizsysteme einführen, die Nachhaltigkeit befördern. Zum Beispiel hat die Stiftung IDEAS vor kurzem ein neues Recht auf Energiebürgerschaft vorgeschlagen (so dass jeder Bürger Energie erzeugen und verteilen kann) und ein neues System von CO₂-Gutschriften für Haushalte (wobei diejenigen, die den Haushaltsbetrag überschreiten, mehr Steuern zahlen und diejenigen, die weniger verbrauchen, eine Steuerrückerstattung erhalten).



Laurent Baumel

Markt und Staat: Eine französische Perspektive

Die Linke und der Kapitalismus: Von Revolution zu Reform

Die europäische Sozialdemokratie war in den drei letzten Dekaden historischen Umbrüchen ausgesetzt: wirtschaftliche Globalisierung, Aufspaltung der traditionellen sozialen Klassen, Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, Klimawandel, zunehmender Individualismus und andere tiefgreifende Veränderungen erschütterten auch das ideologische und programmatische Fundament der Sozialdemokratie und forderten dessen Aktualisierung heraus.

Unter den Fragen, die auf der Agenda der Erneuerung stehen, hat diejenige nach der Beziehung von Markt und Staat für die Neudefinition der Identität der heutigen Linken das größte Gewicht. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus war am Ende des 20. Jahrhunderts eine einschneidende Veränderung. Die Sozialdemokratie hatte sich bereits recht früh mit Bezug auf die wichtige Bedeutung von Demokratie und Grundrechten vom Kommunismus getrennt. In Frankreich hatte Léon Blum schon 1920 auf dem Kongress von Tours eine Trennlinie gezogen, die sich an diesen wesentlichen Prinzipien orientierte. Die Richtigkeit dieser Grenzziehung wurde durch den Zusammenbruch der totalitären Staaten Osteuropas 70 Jahre später bestätigt. Aber das grundlegende »Schisma« zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in der Arbeiterbewegung stellte nichtsdestotrotz keine Trennung vom Marxismus dar: Die reformistische Linke/Sozialdemokratie beharrte, in Frankreich wie in anderen europäischen Ländern, sehr lange darauf, sich über die Ideologie des »Bruches mit dem Kapitalismus« zu definieren und eine mehr oder weniger starke »Kollektivierung« der Wirtschaft zu verlangen. Der Sozialstaat wurde, zumindest offiziell, lange als vorübergehender Kompromiss, als eine Etappe des »Klassenkampfes während des notwendigen Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft« dargestellt.

Nach dem endgültigen Zusammenbruch der Planwirtschaften kann die Sozialdemokratie diese Position nicht mehr halten, weder in der Praxis, noch in der Theorie. Eine konsequente Linke muss heute die allgemeine Überlegenheit der kapitalistischen Marktwirtschaft anerkennen, d. h. eines wirtschaftlichen Organisationsmodells, das auf dem direkten Interesse der Hersteller beruht, die

Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen, und das zwei wesentlichen Grundsätzen folgt: dem Gesetz von Angebot und Nachfrage sowie der Fundierung wirtschaftlichen Handelns auf Privateigentum von Kapital. Diese Anerkennung wirkt sich selbstverständlich auf die Beziehung zwischen Staat und Markt aus: Die Linke kann es sich nicht mehr erlauben, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu ignorieren. Stattdessen ist sie in der Folge verpflichtet, die Bedürfnisse und voraussichtlichen Verhaltensweisen von privaten Investoren in Betracht zu ziehen und deshalb muss sie mit einer gewissen unvermeidbaren Dosis wirtschaftlichen »Realismus« agieren. Dies soll die Linke dazu bringen, sich über den Respekt vor dem für die Dynamik des Systems notwendigen Wettbewerb und den Bedingungen der Kapitalaufwertung klar zu werden. Statt mit dem Finger auf »die Unternehmer« zu zeigen, ist eine moderne Linke zum Beispiel eingeladen, sich auf der Seite des unternehmerischen Risikos im Gegensatz zum Kapitaleinkommen zu platzieren.

Diese neue Herangehensweise, die in Frankreich, wahrscheinlich aufgrund eines tiefer verankerten »marxistischen Über-Ichs«, später als zum Beispiel in Deutschland oder in Großbritannien angenommen wurde, verkörpert heute den gemeinsamen Grundsatz der gesamten europäischen Sozialdemokratie. Dadurch wurde die Debatte über das Verhältnis zwischen Staat und Markt zu einer Frage der »richtigen Einstellung des Grauwertes«.

Sozialdemokratische Ansätze zur Einhegung der Marktkräfte

Aus französischer Sichtweise tendieren wir dazu, diese interne Debatte der europäischen Linken als Gegensatz zwischen einer zu verteidigenden Sozialdemokratie und einem abzulehnenden Sozialliberalismus zu beschreiben. Jenseits ihrer internen Unterschiede tendieren die französischen Sozialisten zu der Meinung, dass die Linke sich weiterhin durch die Ablehnung jedweder Unterdrückung und die Bejahung sozialer Gleichheit definieren sollte. Dieses Streben nach Gerechtigkeit führt dazu, dass die französische Linke dem Kapitalismus weiterhin kritisch gegenübersteht. Anders gesagt: Auch wenn die wirtschaftlichen Instrumente des Marxismus sich als ineffizient erwiesen haben, bleibt der Kampf gegen wirtschaftliche Unsicherheit, gegen das potenziell zunehmende

Verständnis menschlicher Arbeit als bloßer Ware, gegen Benachteiligungen und, gerade heute, gegen die durch das freie Spiel der Marktkräfte hervorgerufenen und aufrechterhaltenen Umweltschäden, ein Grundwert des Sozialismus.

Im Fahrwasser des Keynesianismus bleibt die französische Linke davon überzeugt, dass der entfesselte Markt durch das Fehlen von Koordination, seine Fixierung auf kurzfristige Rentabilität und seine Tendenz, Spekulationsblasen zu schaffen, kein rationales System ist, wie die aktuellen Krisen eindrucksvoll beweisen. Was also die sozialdemokratische Haltung definieren soll, ist der Wille, Widersprüche zu denken und Gleichgewichte zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit, Interesse des Kapitals und der Arbeitnehmer sowie Markt und Politik zu finden. Die oben genannte »Selbstbeschränkung« des Staates dem Markt gegenüber bedeutet weder, dass der Staat es ablehnt zu handeln, noch, dass er sich dem Diktat des Kapitals unterwirft. Der sozialdemokratische Reformismus hat große Bewegungsfreiheit, um die soziale Regulierung des Kapitalismus durchzusetzen, ohne dessen grundsätzliche Gleichgewichte in Gefahr zu bringen. Die Stärkung eines die Arbeitnehmer schützenden Arbeitsrechtes, die Einführung eines menschenwürdigen Mindestlohnes, die Besteuerung von Gewinn und Großvermögen, das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft und somit die Wiederverwendung des Steueraufkommens für die privaten Haushalte oder für den Ausbau des öffentlichen Dienstes müssen nicht von Unternehmen oder ihren Aktionären bejaht werden, um national oder europäisch, begründet durch soziale Gerechtigkeit oder sogar die Effizienz der Wirtschaft, durch politische Mehrheiten der Sozialdemokraten durchgesetzt werden zu können. Diese Herangehensweise ist im Übrigen kompatibel mit den zwei historischen Formen der Sozialdemokratie: der Sozialdemokratie im klassischen Sinne, basierend auf dem Primat der Tarifverhandlungen und des organischen Verhältnissen zwischen Gewerkschaften und »Arbeiterparteien« und der in Frankreich zu findenden »staatlichen« Form, bei der der Vorrang der politischen Macht anerkannt bleibt. In jedem Fall drückt sich in ihr das sozialdemokratische Ideal einer kollektiven Souveränität aller Bürger aus, die die Kontrolle der Wirtschaft und der Gesellschaft erlaubt.

Die Fähigkeit zur Konfrontation, der Wille, mit demokratischen Mitteln Regeln und Mechanismen durchzusetzen, die das freie Spiel der Marktkräfte korrigieren oder be-

schränken, sollten die sozialdemokratische Doktrin definieren und klar von einem wirtschaftlichen Liberalismus abgrenzen, der die Freiheit der Unternehmensführung an erster Stelle sieht und jede Form von Ausgleichszahlungen oder Abgaben ablehnt. Die Debatte hierüber ist innerhalb der europäischen Linken noch im Gange. Es ist nicht uninteressant zu bemerken, dass ein Teil der europäischen Linken innerhalb dieser allgemeinen Bewegung der Neudefinierung der Doktrin, auf Initiative unter anderem von Tony Blair, versucht hat, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz miteinander zu »versöhnen«. Die Aufmerksamkeit, die der »Chancengleichheit« zuteil wurde, war auch ein nützlicher Denkanstoß für eine Linke, die in der Vergangenheit nicht Willens war, die »gerechten Ungleichheiten« anzuerkennen, genauso wenig wie den »bürgerlichen Leistungsgedanken«. Der »aufgeklärte Liberalismus« kann übrigens in der Praxis zu Politikstilen führen, die denen nahe sind, die im Namen einer härteren Sozialdemokratie gefordert werden könnten.

Aber diese theoretischen Beiträge haben ihre Grenzen: Die »Kompatibilität« des Wirtschaftlichen und des Sozialen behebt nicht die Spannung zwischen diesen beiden Polen. Die »Chancengleichheit« ist, wie von Frau Dr. Anke Hassel angesprochen, von der sozialen Gleichheit kaum trennbar. Vor allem in den Augen französischer Sozialisten, sogar in denen der reformistischsten und denen der überzeugtesten Befürworter des Dritten Weges, hat der Wille zur Anpassung an die neue Situation und das Bekenntnis zur Suche nach dem Bruch mit der »klassischen« Logik der Linken die Anhänger dieser Linie zu einem fast »zerstörerischen« Übereifer angehalten: systematische Kritik des staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft, Betonung von Angebot und steuerlichen Erleichterungen in der Politik, Akzeptanz der Lohnprekarität als Bedingung für Vollbeschäftigung, Fokussierung auf das einzige Ziel »Chancengleichheit versus Einkommensgleichheit«, Kritik an den Auswüchsen des Sozialstaates in seiner Rolle als Wiederverteiler des gesellschaftlichen Einkommens, Denunzierung des Angewiesenseins auf staatliche Unterstützung, wahltaktische Neuorientierung auf die »Neue Mitte« etc. Solche Leit motive haben das Gleichgewicht in der Identität der Linken zugunsten einer oberflächlichen Logik der ideologischen »Modernität« geopfert. »Wir sollen alles daran setzen, die Unternehmen zu unterstützen, ohne uns jemals das Recht anzumaßen, sie zu ersetzen«, verkündeten Tony Blair und Gerhard Schröder in ihrem berühmten Manifest vom Juni 1999. Zehn Jahre

später, angesichts der Krise des Kapitalismus und der Wahlverweigerung eines großen Teils der Arbeitnehmer gegenüber der Linken, muss sich die europäische Sozialdemokratie offensichtlich von diesem besonderen Moment ihrer Geschichte lösen, um sich, unter Anpassung ihrer Ziele und Instrumente an die neue Situation, auf ihre Grundlagen zu besinnen. Um Anke Hassel auch hier zu zitieren: »Auch und gerade der Dritte Weg, mit seiner einseitigen Betonung der positiven Seiten der Liberalisierung, hilft dabei nicht mehr weiter.«

Vorschläge zur Entwicklung eines sozialdemokratischen Marktmodells

Als Denkanstöße für neue Wege der staatlichen Intervention oder allgemein der öffentlichen Hand – verstanden als Gesamtheit aus Staat und Gebietskörperschaften, um die Marktwirtschaft zu regulieren, einzurahmen und zu zähmen – können unterschiedlichste Aspekte und Felder politischen Interesses dienen: zum Beispiel Fragen einer makroökonomischen Handhabung der Krise, einer Regulierung der Finanzsysteme oder einer nachhaltigen Antwort auf Herausforderungen des Klimawandels – Fragen also, die eine Ausweitung von *global governance* verlangen. Hierbei steht nicht so sehr die Bereitstellung und die Erneuerung der Sozialstaatsinstrumente im Mittelpunkt als vielmehr die internationale Ausdehnung des Sozialstaates selbst. Es seien hier aber auch einige Möglichkeiten eher nationaler oder europäischer Handlungsweisen erwähnt:

Zunächst wäre es für sozialdemokratische Zielsetzungen von Vorteil, eine stärkere Verantwortlichkeit für den Erhalt und den Ausbau eines nicht den Marktgesetzen unterliegenden Bereichs unserer Gesellschaft zu empfinden. Diese Sicht auf die Welt kann dazu führen, die Betonung auf die Wichtigkeit des Gebens und der Unentgeltlichkeit in unserer Gesellschaft, beispielsweise durch die Unterstützung des informellen Sektors und der Gründung und Förderung von Vereinen oder Genossenschaften, zu legen. Gegen eine fürchterliche Wettbewerbs- und Privatisierungsideologie, die sich in Europa breit macht, ergreift diese Weltsicht Partei für eine in der Praxis von der ganzen Gesellschaft getragene Finanzierung von Gütern oder Dienstleistungen, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Kultur oder Transportwesen. Der Zugang zu solchen Gütern und Leistungen wird als ein individuelles Grundrecht betrachtet,

das garantiert und geschützt werden muss, ohne dass es vom Kriterium der Rentabilität oder allein vom Individual- oder Familieneinkommen abhängt. Zu dem Zeitpunkt, an dem Präsident Obama endlich eine Gesundheitsreform durchsetzt, bleibt für die europäische Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung ihres eigenen sozialen Modells eine der größten Herausforderungen. Der demographische Wandel, die steigende Lebenserwartung und die Verlängerung der Schulzeit bedingen hierbei auch die Notwendigkeit einer Anpassung der Kranken- und Rentenversicherungssysteme. Aber die Linke in Europa muss weiterhin das Primat einer kollektiven Versicherung verkörpern, statt die soziale Absicherung den privaten Trägern zu überlassen.

Als zweiter Bereich, in dem sich eine erneuerte sozialdemokratische Logik entfalten sollte, sei das Arbeitsrecht genannt. Man sollte weder verleugnen, dass das Arbeitsvolumen sich am Konjunkturverlauf in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen anpassen könnte, noch sollte man interessante Konzepte rundheraus ablehnen, die sich zum Beispiel hinter einem Begriff wie der »Flexicurity« verbergen. Jedoch sollten wesentliche Grenzen gesetzt werden: Auch wenn seine Arbeit auf einem Markt gehandelt werden kann, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass der Mensch selbst kein »Wegwerfprodukt« ist. Die wirtschaftliche »Unsicherheit«, der Unternehmen ausgesetzt sind, darf uns deshalb jene Unsicherheit nicht vergessen lassen, der die Arbeitnehmer ausgesetzt sind, die ohne eine minimale Stabilität ihrer Arbeitsplätze ihre persönliche Existenzgrundlage nicht aufbauen können. Gleichmaßen rechtfertigt die im Wesen eines Unternehmens bereits angelegte Weisungsbefugnis nicht die Unterwerfung. Sollte es in der Praxis zugunsten des Managements oder im Endeffekt vor allem der Aktionäre tätig sein und wirtschaften, darf das im Namen der Produktivität gebilligte hierarchische Verhältnis nicht die Zerstörung des physischen oder psychischen Gleichgewichts der Arbeitnehmer im konkreten Ablauf ihrer Arbeit bedeuten. In Zeiten der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen haben ihre Stammwähler Erwartungen an die Sozialdemokratie und stellen Anforderungen. Die Idee der »sozialen Verantwortung von Unternehmen« sollte man nicht missachten. Und der Sozialstaat sollte, indem er den missbräuchlichen Rückgriff auf prekäre Arbeitsverhältnisse finanziell sanktioniert oder die individuelle Haftung der Unternehmen für Entlassungen oder Arbeitsunfälle betont, stärker soziale Verantwortung übernehmen.



Als drittes Feld, auf dem sich das sozialdemokratische Paradigma behaupten könnte, sei die Wiederherstellung der Akzeptanz des strukturellen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft genannt. Es geht nicht darum, zur Politik der »Verstaatlichungen« zurückzukehren, sondern sich bewusst zu werden, dass die Grundsätze einer sozial orientierten Industriepolitik im weitesten Sinne weiterhin gültig sind. Hier sei vor allem an die Übernahme von wirtschaftlichen »Externalitäten« (wie Ausgaben für die Ausbildung des Personals und Forschung, die möglicherweise das technologische und kognitive Kapital der ganzen Wirtschaft stärken), oder an die Unterstützung von innovativen oder gesellschaftlich nützlichen Investitionen erinnert (die vom Markt als zu risikoreich oder nicht ertragsfähig genug bewertet werden). Mit Anke Hassel halten wir es insbesondere für notwendig, den Ausbau von Personaldienstleistungen, die eine neue Wachstumsquelle darstellen und der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse entsprechen, zu forcieren.

Dies sind nur einige Beispiele. Sie wären für eine umfassende programmatische Diskussion selbstverständlich um weitere zu ergänzen: etwa die Herausforderungen auf dem Gebiet der steuerlichen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Besteuerung, Fragen der Sozialhilfe, Aspekte der Regulierung der Einkommensskala oder, ebenfalls sehr wichtig, die Herausforderungen im Bereich der durch Bildungs- und Wohnungspolitik zu fördernden Chancengleichheit. Die Liste dieser Beispiele und Aspekte zeigt auch: Modernität ist nicht inkompatibel mit politischer Treue. Das Anerkennen der kapitalistischen Marktwirtschaft impliziert das Verschwinden des Staates nicht, ganz im Gegenteil. Es muss eine neue Formulierung, eine neue, den zeitgenössischen Herausforderungen angepasste Logik der Intervention gefunden werden. Mit Anke Hassels Worten gesprochen: Es ist auch diese neue Kongruenz, die für die Sozialdemokratie am Anfang des 21. Jahrhunderts eine wesentliche Bedingung für die Wiedererlangung der Macht darstellt.



Lena Sommestad

Ökonomie einer nachhaltigen Entwicklung – eine progressive Alternative zum Neoliberalismus im 21. Jahrhundert

Sozialdemokraten sind gezwungen worden zuzugeben, dass Modernisierung, in Form zunehmender Globalisierung und Liberalisierung, unausweichlich sei. Diese Aussage findet sich in Anke Hassels Positionspapier »Der Krise Perspektive geben«.

Hassel stellt fest, dass die radikale Ideologie des Neoliberalismus in der Folge der Finanzkrise abgemildert werden muss. Sie stellt jedoch nicht die grundlegende wirtschaftliche Säule der neoliberalen Ideologie infrage: ökonomischer Liberalismus als Schlüssel zum wirtschaftlichen Wachstum. Auch akzeptiert sie unkritisch die neoliberale Behauptung, dass sich unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten so radikal geändert habe, dass Sozialdemokraten nicht anders könnten als »die Anforderungen von wirtschaftlichem und sozialem Wandel zu verstehen und darauf zu reagieren« (Hassel 2009: 2).

In diesem Kommentar zu Hassels Papier argumentiere ich, dass die unkritische Anerkennung der neoliberalen Wachstumstheorie eine grundlegende Schwäche ihrer Analyse darstellt. Ich behaupte des Weiteren, dass sich soziale und ökonomische Strukturen unserer modernen Gesellschaft nicht so radikal von denen der Vergangenheit unterscheiden, als dass grundlegende sozialdemokratische Ideen die Beziehung zwischen Markt und Staat betreffend aufgegeben werden müssen. Eine Modernisierung gegenwärtiger sozialdemokratischer Politik ist in Anbetracht neuer nationaler und transnationaler Herausforderungen im In- und Ausland tatsächlich nötig. Aber Modernisierung ist nicht gleich Liberalisierung.

Ich schlage eine Alternative zu den vorherrschenden Orientierungen im neoliberalen Paradigma vor: das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. In den vergangenen Jahrzehnten haben Forderungen nach nachhaltiger Entwicklung den vorherrschenden neoliberalistischen Diskurs immer wieder herausgefordert, insbesondere bei globalen Verhandlungen, in denen es um Umwelt und Entwicklung ging. Solche Debatten wurden jedoch meist von den europäischen Sozialdemokraten ignoriert, die offenbar mehr damit beschäftigt waren, sich dem Neoliberalismus anzupassen. Eine herausragende Ausnahme ist die allererste Befürworterin eines Konzepts der nachhaltigen Entwicklung: die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland.

Nachhaltige Entwicklung – ein Ausgangspunkt

»Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können« (WCED 1987).

Dieses Zitat fasst die Idee der nachhaltigen Entwicklung zusammen, die von Gro Harlem Brundtland in »Unsere gemeinsame Zukunft« (1987) lanciert wurde. Der Brundtland-Bericht markierte den Beginn einer globalen Bewegung, die Forderungen nach Umweltschutz, Armutsbekämpfung und sozialer Gleichheit verband. Damit wurde die Grundlage für die Klimakonferenz in Rio 1992 geschaffen, der der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg folgte.

Heutzutage wird nachhaltige Entwicklung meist im Zusammenhang mit Umweltthemen wie dem Klimawandel und dem Verlust der Biodiversität diskutiert. Das politische Dynamit des Konzepts liegt jedoch in der Ausweitung der Nachhaltigkeitskriterien auf die Bereiche wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Bereits im Brundtland-Bericht wurde deutlich, dass ein eng gefasster Begriff von physischer Nachhaltigkeit die Beachtung sozialer Gerechtigkeit nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Generationen verlangt. Auf ähnliche Art hat Gro Harlem Brundtland das neoliberale Paradigma infrage gestellt, indem sie forderte, die Qualität des Wachstums müsse sich ändern. Ihrer Ansicht nach verlangt nachhaltige Entwicklung, dass Gesellschaften menschliche Bedürfnisse befriedigen, indem sie das produktive Potenzial vergrößern und Chancengleichheit für alle sicherstellen (ibid).

Ich denke, es gibt Argumente, dass »Unsere gemeinsame Zukunft« noch heute als Diskussionsplattform für Aufgaben zur Erneuerung sozialdemokratischen Gedankenguts dienen kann. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung hat weltweit großes Interesse erregt. Brundtlands Bericht basiert fest auf einer intellektuellen, sozialdemokratischen Tradition, und immer mehr Forschungsergebnisse stützen den Ansatz der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin auch empirisch.

Nachhaltige Entwicklung versus Wettbewerbsmarkt

Eine Kernaussage in der globalen Debatte über nachhaltige Entwicklung ist, dass Märkte beschränkt sein müssen, um nachhaltige Strukturen für Wachstum und Entwicklung sicherzustellen. Obwohl ein Wettbewerbsmarkt über großes Potenzial verfügt, Effizienz, Diversität und Innovation voranzutreiben, besteht das große Risiko, dass unregulierte Märkte sich zu Plätzen kurzfristiger Ausbeutung von natürlichen und menschlichen Ressourcen entwickeln. Die Botschaft ist, dass Marktwirtschaften keinen nachhaltigen, ökonomischen Wohlstand sichern können, wenn nicht Maßnahmen ergriffen werden, die das produktive Potenzial öffentlicher Güter (wie etwa Ökosysteme, Infrastruktur, Gesundheitswesen, Wissen und sozialen Zusammenhalt) erhalten und ausbauen.

Im Ruf nach Beschränkungen für Märkte zeigt sich ein ideologischer Zug, der den gegenwärtigen Diskurs über nachhaltige Entwicklung mit Forderungen der sozialdemokratischen Tradition verbindet. Es war selbstverständlich für die frühe europäische Arbeiterbewegung, dass Arbeit vor dem freien Spiel der Marktkräfte geschützt werden musste, um wirtschaftliche Ausbeutung zu verhindern und ein Familieneinkommen zu sichern. Schutz wurde durch Gewerkschaften sichergestellt, denen es gelang, die Macht des Wettbewerbsprinzips einzudämmen. Bis heute ist die Beschränkung des Wettbewerbs ein tragender Pfeiler in der Architektur sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik geblieben.

Weiterhin gibt es eine starke Verbindung zwischen Brundtlands Forderung nach nachhaltiger Entwicklung, basierend auf sozialer Gleichheit, und der langfristig orientierten politischen Agenda europäischer, reformistischer Sozialdemokraten. Diese Verbindung zeigt sich besonders deutlich bei den Erfolgen der schwedischen sozialdemokratischen Partei, der es gelungen ist, im Gefolge der Weltwirtschaftskrise einen Wohlfahrtsstaat aufzubauen, der auf progressiven Prioritäten basiert.

Die wesentliche Erkenntnis aus der Großen Depression war, dass Märkte allein keinen langfristigen wirtschaftlichen Wohlstand sichern können. In Schweden löste dies schon früh eine Adaption makroökonomischer Nachfragesteuerung nach dem Vorbild von Keynes aus, die von Wirtschaftswissenschaftlern an der Stockholm School of Economics entwickelt wurde. Der sozialdemokratische

Finanzminister Ernst Wigforss war der Pionier des neuen Ansatzes. Die schwedische makroökonomische Nachfragesteuerung wurde später durch die Entstehung des globalen Währungssystems von Bretton Woods begünstigt. Das Bretton-Woods-System, das einer Politik der Vollbeschäftigung Priorität vor freien, globalen Kapitalbewegungen einräumte, war eine starke Reaktion auf das Versagen der globalen Finanzmärkte in den Zwischenkriegsjahren.

Auch mit Blick auf die Sozialpolitik kann gesagt werden, dass der schwedische Sozialstaat für einen frühen Durchbruch der Ideen der nachhaltigen Entwicklung stand. Seit den 1930er Jahren spielten die Sozialwissenschaftler Gunnar und Alva Myrdal eine Schlüsselrolle in dieser Entwicklung. Sie waren die ersten, die die wirtschaftlichen Auswirkungen einer alternden Bevölkerung, der Bildung von Humankapital und die Rolle der Frau in Arbeit und Familie analysierten. In einem viel diskutierten Buch über die Abnahme der schwedischen Geburtenrate legten sie dar, dass erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung nach Maßnahmen verlangt, die Familien mit Kindern unterstützen. Ein wichtiges Ergebnis ihrer Ideen war eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung, die verheirateten Frauen das Recht auf Arbeit gab, in Kombination mit einer wirtschaftlichen Kompensation für alle Mütter im Mutterschutz. In der Nachkriegszeit unterstützten sozialdemokratische Denkrichtungen »produktive« Sozialpolitik, die darauf abzielte, die allgemeine Gesundheit, Wohnverhältnisse, Bildung und Sozialleistungen wie Altenpflege und Kinderbetreuung zu verbessern. Die Position der Frauen wurde wesentlich verbessert. Da die Bildung von Humankapital das Herzstück der schwedischen Wachstumsstrategie war, betraf es auch Frauen und Familien.

Mit welchen neuen Herausforderungen sehen sich Sozialdemokraten konfrontiert?

Es wird oft behauptet, wie auch im Papier von Anke Hassel, dass der Kapitalismus sich in einem Prozess des radikalen Wandels befinde und dass aufgrund dieses radikalen Wandels frühere sozialdemokratische Strategien nicht mehr adäquat seien. Veränderungen, die als grundlegend neu beschrieben werden, schließen den Aufstieg neuer industrialisierter Ökonomien und den Prozess der »Globalisierung« ein.

Ist dies tatsächlich so? In den vergangenen Jahrzehnten haben sich in der Tat ehemalige Entwicklungsländer in einem rasanten Tempo industrialisiert. Neue Strukturen des Handels, der Migration und der Kapitalflüsse haben sich herausgebildet; in ihnen spiegeln sich eine neue wirtschaftliche Geografie sowie neue globale Finanzinstitutionen.

Tatsächlich gibt es jedoch nur wenige empirische Belege, die die Behauptung stützen, die heutige globale Ökonomie repräsentiere eine neue Phase in der Wirtschaftsgeschichte. Was das Wachstum der globalen Finanzmärkte betrifft, spiegeln sie – in einem größeren Maßstab – den Prozess der Globalisierung, den wir aus der Zeit des Goldstandards (1873–1931) kennen. Neue Länder dominieren, aber das Muster der wachsenden Industriemächte, globaler Migration und wiederkehrender Krisen ist das gleiche.

Neu im 21. Jahrhundert ist nicht die Natur des Kapitalismus, sondern vielmehr die zunehmende Größe der Weltwirtschaft und die geschwächte Position, die Europa darin einnimmt. Die ehemalige Überlegenheit vollentwickelter Industrieländer schwindet schnell dahin. Und mit einer alternden Bevölkerung wird ihre Position zusätzlich geschwächt. Gleichzeitig erreicht die Umweltverschmutzung planetare Ausmaße. Mit den Umweltbelastungen fertig zu werden, in einer Welt, die noch immer von tiefen sozialen Ungerechtigkeiten gekennzeichnet ist, ist die schwierigste Herausforderung, mit der sich Sozialdemokraten unserer Zeit auseinandersetzen müssen.

Diskurse im Konflikt: Der Aufstieg des Neoliberalismus

Parallel zum Diskurs über nachhaltige Entwicklung haben seit den 1980er Jahren neoliberale Ideen eine Blütezeit erlebt. Die ausgedehnte Akzeptanz neoliberalen Gedankenguts ist sogar ein Markenzeichen des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Gemäß dem neoliberalen Diskurs sollten effiziente Märkte ineffiziente Regierungen ersetzen. Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit ragen als Grundwerte heraus. Neoliberale Ideen stützen heute in erheblichem Ausmaß die Struktur globaler Finanzinstitutionen, den europäischen Binnenmarkt, öffentliche Versorgungsunternehmen, die Umweltpolitik und Sozialdienstleistungen. In manchen Ländern wie Schweden wird nach Marktprinzipien sogar in Sektoren

gehandelt, die aus Steuern bezahlt werden, wie etwa im Bildungssektor.

Wie erklärt man diese ideologische Dominanz des Neoliberalismus? Am bedeutendsten ist die Tatsache, dass Neoliberalismus inzwischen nicht mehr als Paradigma der Politik, sondern als wahre, wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft verstanden wird. Seit den 1970er Jahren ist es neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern und ihren Befürwortern gelungen, eine verlockende Geschichte zu erzählen: die Geschichte von liberalisierten Märkten als Hauptantriebsfeder für Wachstum und Wohlstand. Nach dem Fall des Bretton-Wood-Systems und einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem keynesianischen Ansatz wurde die neoliberale Geschichte mit einer beeindruckenden, historisierenden Rhetorik verstärkt: Neoliberalismus als ein neues und notwendiges Stadium in der Wirtschaftsgeschichte.

Eine neue Erzählung von Wachstum und Wohlstand

In den letzten Jahren sah sich die Triftigkeit der neoliberalen Geschichte zunehmend infrage gestellt. Die Finanz- und Umweltkrise hat Zweifel an ihrer Angemessenheit aufgeworfen. Gleichzeitig widersetzt sich ein wachsender Teil sozialwissenschaftlicher Forschung der Vorherrschaft des neoliberalen Paradigmas und seiner Grundannahme – Marktwettbewerb als Schlüssel zu wirtschaftlichem Wachstum. In Übereinstimmung mit den ökonomischen Ideen von Gunnar Myrdal werden erneut Gesundheitszustand und Altersstruktur als entscheidende Ausgangsbedingungen für nachfolgendes wirtschaftliches Wachstum propagiert. Dies sollte Sozialdemokraten ermutigen, eine neue Erzählung über Wachstum und Wohlstand zu entwickeln, die auf einer modernen Wirtschaft der nachhaltigen Entwicklung basiert.

Zwei Wirtschaftswissenschaftler der Harvard University, David E. Bloom und David Canning, waren unter den ersten, die das Thema »Gesundheit« als einen wichtigen Input für die Diskussion über wirtschaftliches Wachstum propagierten. In einem Artikel, der in *Science* (2000) veröffentlicht wurde, kamen sie zu dem Schluss, dass der Einfluss des Gesundheitszustands auf wirtschaftliches Wachstum erstaunlich groß sei, und dass dies durchweg aus länderübergreifenden empirischen Studien hervorgehe. Ostasien in den Nachkriegsjahren liefere dafür ein

anschauliches Beispiel. Laut Bloom und Canning müssen Investitionen ins Gesundheitssystem als eine der Hauptsäulen angesehen werden, auf der das ostasiatische Wirtschaftswunder beruhte (Bloom/Canning 2000). Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs verfolgte ein ähnliches Argument in seinem bahnbrechenden Bericht für die Weltgesundheitsorganisation »Macro-Economics and Health. Investing in Health for Economic Development« (2001). Dieser Bericht wurde von der Generalsekretärin der WHO, Gro Harlem Brundtland, in Auftrag gegeben.

Was die Altersstruktur betrifft, so hat insbesondere die Alterung der Bevölkerung vermehrt Aufmerksamkeit erregt. In den vergangenen Jahren wurde nachgewiesen, dass bei jugendlichen Bevölkerungen mit zahlenstarken Jahrgängen im arbeitsfähigen Alter die Wirtschaft tendenziell schneller wächst, wie im heutigen Ostasien, während in Regionen mit einer alternden Bevölkerung sich das Wirtschaftswachstum tendenziell verlangsamt, wie zur Zeit in Japan oder in Europa (Bloom/Canning/Sevilla 2003; Lindh/Malmberg 2007).

Eine neue, progressive Agenda

Die wachsende Forschung zu Gesundheit und Altersstruktur ist von großer Bedeutung für Sozialdemokraten. Alles in allem stärkt eine Wachstumserzählung, die auf Gesundheit und Demographie basiert, Rufe nach Umweltschutz, sozialen Investitionen, Chancen- und Geschlechtergleichheit. Dadurch wird klar, dass wirtschaftliches Wachstum nicht allein auf effizienten Märkten beruht, sondern auch auf produktiven Investitionen, die in der Vergangenheit getätigt wurden.

Die momentane Finanzkrise, zusammen mit der Umweltkrise, ist ein Gelegenheitsfenster für Sozialdemokraten, um eine neue, progressive Agenda zu begründen. Europäische Länder sehen sich einer Anzahl von alltäglichen Herausforderungen gegenüber, die mit Sorgen um die Umwelt, dem drohenden Klimawandel, alternden Bevölkerungen, Deindustrialisierung und deregulierten globalen Märkten zu tun haben. All diese Herausforderungen verlangen nach langfristigen politischen Reaktionen.

Wie bereits von Paul Krugman und anderen bemerkt wurde, ist die Zeit gekommen, um zum keynesianischen Ansatz zurückzukehren was die Schaffung von Arbeits-

plätzen und Wirtschaftswachstum betrifft (Krugman 2009). Dies ist besonders relevant in Hinsicht auf die Klimakrise. Heutzutage dominiert der Marktansatz in der Klimapolitik. Dieser Ansatz, der normalerweise von den Grünen und von konservativen Parteien unterstützt wird, ist eng verknüpft mit dem neoliberalen Wachstumsparadigma. Er verlässt sich auf Marktinstrumente, um private Profite, Wettbewerb und Kosteneffizienz zu sichern.

Infolge der Finanzkrise hat sich zunehmend herausgestellt, dass dieser Marktansatz inadäquat ist. So wie die wirtschaftliche Aktivität abnahm, gehen auch die Investitionen in grüne Technologien zurück. Marktinstrumente wie Emissionshandel haben nicht das erfüllt, was sie versprochen haben. Meiner Ansicht nach sollten Sozialdemokraten einen alternativen Ansatz aufbieten, einen »Green New Deal«, um den ökologischen Wandel zu beschleunigen. Dieser Investitionsansatz sollte eine klar erkennbare Dimension einer umfassenden Politik nachhaltiger Entwicklung konstituieren und Möglichkeiten der direkten Staatsintervention nicht ausschließen.

Soweit es die Sozialpolitik betrifft, hat die Europäische Union schon seit langem gesellschaftliche Modernisierung und soziale Investitionen gefordert, um den zukünftigen Herausforderungen alternder Bevölkerungen und einer Deindustrialisierung zu begegnen. Mit der Lissabon-Agenda, die Ziele wie nachhaltiges Wachstum, bessere Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt einschloss, wurde ein wichtiger Schritt getan.

Anke Hassel bemerkt, dass wirtschaftliche Liberalisierung in Deutschland tatsächlich den Prozess gesellschaftlicher Modernisierung in Gang gesetzt habe, beinhaltend Unterstützung der Emanzipation der Frauen und eine flexiblere Familienpolitik. Das ist natürlich ein positives Ergebnis. In anderen Sozialstaaten jedoch, wie etwa in Schweden, besteht keine solche Verbindung zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung und gesellschaftlicher Modernisierung. Dort wurden vor vielen Jahrzehnten wichtige Reformen durchgeführt, um die Frauenemanzipation und eine flexiblere Familienpolitik zu sichern. Tatsache ist, dass vergleichende Studien über Wohlfahrtsstaaten auch zeigen, dass Sozialeinrichtungen, die von liberalen Ideen geprägt sind, wie beispielsweise Gender-Schutz-Systeme in den USA oder Großbritannien, in der Regel schwache Unterstützung für Mütter und Kinder bieten (Sommestad 1997). Modernisierung kann auch ohne wirtschaftliche Liberalisierung angestrebt werden.

Akademiker – ein wichtiger politischer Verbündeter

Anke Hassel schlägt vor, dass Sozialdemokraten Allianzen mit der breiten Mittelschicht, mit Sozialpartnern und verantwortungsbewussten Firmen eingehen sollten. Dem stimme ich zu und möchte die Aufmerksamkeit auf eine besondere Gruppe der Mittelschicht lenken: die Gruppe der Akademiker.

Akademiker sind für Sozialdemokraten wichtig, denn sie repräsentieren größtenteils Wissen und Werte, die dem neoliberalen Paradigma entgegenstehen. Das wird insbesondere in Ländern deutlich, in denen ausgiebig Maßnahmen der wirtschaftlichen Liberalisierung ergriffen wurden. Ein typischer Fall dafür ist Schweden.

In Schweden sind Marktprinzipien jetzt in alle Bereiche der Gesellschaft eingedrungen, vom öffentlichen Nahverkehr bis hin zu Kinderbetreuung und Bildung. In einer solchen Situation besteht die Tendenz, dass die Idee von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit die Oberhand über professionelle Erfahrung, Wissen und Ethik gewinnt. Effiziente Märkte werden mit verantwortungsbewusster Führung verwechselt. Je mehr dabei das neoliberale Paradigma zum Zuge kommt, desto mehr wird bei öffentlichen Angelegenheiten nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandelt.

Fazit

Gro Harlem Brundtland hat die Idee der Liberalisierung infrage gestellt, als sie ihr Konzept der nachhaltigen Entwicklung einführte. Ich habe in diesem Kommentar die Meinung vertreten, dass ihr Ansatz noch immer Gültigkeit besitzt. Er ist auch für Sozialdemokraten angemessener als jeglicher Versuch, eine Rückkehr zu sozialer Gerechtigkeit zu fordern und zugleich Konzepte der wirtschaftlichen Liberalisierung als unausweichlich zu akzeptieren.

Ich bin davon überzeugt, dass keine Renaissance der sozialdemokratischen Politik stattfinden wird, solange Sozialdemokraten die neoliberale Erzählung eines wirtschaftlichen Wachstums nicht infrage stellen. Inmitten der Finanz- und Klimakrise sollte die Beziehung zwischen Staat und Markt entwickelt und nicht abgebaut werden.

Literatur

Bloom, David E.; Canning, David (2000): The Health and Wealth of Nations, *Science*, February 2000.

Bloom, David E.; Canning, David; Sevilla, Jaypee (2003): The demographic dividend: a new perspective on the economic consequences of population change. Santa Monica, CA: Rand.

Hassel, Anke (2009): Reconsidering the Social Contract after the Crisis. Market and State in European Social Democracy, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Krugman, Paul (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Campus Verlag, Frankfurt/M.

Lindh, Thomas; Malmberg, Bo (2007): Demographically based global income forecasts up to the year 2050. *International Journal of Forecasting*, 23(4) 2007.

Sommestad, Lena (1997): Welfare State Attitudes to the Male Bread-winning System: the United States and Sweden in Comparative Perspective, *International Review of Social History* 42, 1997, Supplement 5.

WCED (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen): 1987.



Tibor Desseffwy und Gabor Gyori

Der Staat und die Marktwirtschaft nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – ein Blick aus Ungarn

Wenn wir uns die vergangenen Jahrzehnte als eine kontinuierliche Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Markt angesichts der Möglichkeiten der Macht und der vorhandenen Ressourcen vorstellen, kann die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 auf zweierlei Art interpretiert werden: Die Krise könnte Ausdruck einer Unebenheit auf der Straße hin zu einem mehr oder weniger vollständig liberalisierten Markt sein – oder aber eine Wende in den Staat-Markt-Beziehungen markieren, bei der die Tendenz zum *laissez faire* ein Ende findet und der Staat mit Blick auf die Mitgestaltung ökonomischer Prozesse einen Teil seiner verloren gegangenen Autorität zurückgewinnt. Ein entscheidender Aspekt der momentanen Situation ist, dass nicht vorhergesagt werden kann, wohin der Weg führen wird. Weil starke Kräfte an der aktuellen Weggabelung in beide Richtungen ziehen, gibt es keine eindeutige Pfadabhängigkeit. Handlungskompetenz und politische Führung werden eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Staat-Markt-Beziehungen spielen. Daraus folgt, dass der Sozialdemokratie, selbst wenn man ihre gegenwärtig reduzierte Macht auf europäischer Ebene berücksichtigt, eine Schlüsselrolle bei der Bestimmung der Weiterentwicklung der Staat-Markt-Beziehungen zukommt. Die Möglichkeit, zu diesem Prozess beitragen zu können, beinhaltet eine große Verantwortung: Die Sozialdemokratie muss eine Vision der Rolle formulieren, die der Staat ihren Vorstellungen nach spielen soll. Diese kann als ideologisch-strategische Position nicht isoliert von der gesamtpolitischen Vision der Sozialdemokratie entworfen werden: Staat-Markt-Beziehungen existieren nicht unabhängig von ideologischen Zielen oder Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Daher muss unsere Konzeption davon, wie sich die Beziehungen zwischen Staat und Markt entfalten sollen, in eine gesamtpolitische Vision eingebettet sein, die sich den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zeigt.

Den Staat wieder ins Boot holen ...

Jahrzehntelang war es gängige Meinung, dass Märkte sich selbst regulieren können und die Politik gut daran tue, sich nicht in deren Ablauf einzumischen. Bereits vor der Krise wurde diese Auffassung von weitsichtigeren Beobachtern kritisiert, die sich nicht von der Angst vor vor-

geblich fehlender Politikkompetenz bei der Gestaltung auch ökonomischer Prozesse blind machen ließen. Mit dem Zusammenbruch des Marktes in den vergangenen Jahren, ist diese dem ungezügelter Kapitalismus gegenüber kritische Sicht von einer Randerscheinung zum Mainstream geworden. Die Mühlen der Politik jedoch mahlen langsam, und die jetzt weit verbreitete Meinung in Politik und öffentlichem Diskurs, der Staat solle eine aktivere Rolle bei der Regulierung des Marktes einnehmen, hat bislang noch nicht ausreichend politischen Ausdruck gefunden.

Sozialdemokratie muss initiativ neue politische Konzepte entwerfen, die den Staat dort stärken, wo er relevante Veränderungen bewirken kann. Die Eckpunkte der neuen Staat-Markt-Beziehungen ergeben nur dann einen Sinn, wenn sie fest in eine sozialdemokratische Gesamtstrategie von Fortschritt und Modernisierung eingebettet sind. Die Rolle des Staates muss nicht nur mit den traditionellen sozialdemokratischen Werten vereinbar sein, sondern auch im Kontext neuartigen Herausforderungen und Möglichkeiten bewähren, die sich aus der Globalisierung und auch aus dem wissenschaftlichen und sozialen Wandel ergeben.

In Anbetracht der umfangreichen akademischen Literatur auf diesem Gebiet und der Tatsache, dass viele der führenden ökonomisch orientierten Köpfe eine stärkere Rolle des Staates bei der Überwachung der Wirtschaft befürworten, nehmen wir diese Grundposition als gegeben an. Die fundamentale Frage, ob nun der Staat eine größere Kontrolle über den Markt ausüben sollte, bleibt dabei aber unbeantwortet. Gleichzeitig sind wir nicht der Ansicht, dass der Staat wieder die Verantwortung für ganze Teile der Wirtschaft übernehmen soll – obwohl er das unfreiwilligerweise zu einem nicht unbedeutenden Grade im Bankenwesen getan hat – sondern, dass er den Markt stärker überwachen und kontrollieren soll, um die Interessen der Öffentlichkeit, der Aktieninhaber und sogar die des Marktes selbst, wenn nötig, durchzusetzen.

... dabei doch seine Grenzen berücksichtigen

Dennoch muss die Staat-Markt-Beziehung nicht grundlegend überdacht werden. Eine dramatische Veränderung,

im Umfang ähnlich dem Godesberger Programm von 1959 oder beispielsweise dem französischen sozialistischen Experiment in den 1980er Jahren, ist nicht nötig. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass das fundamentale westliche Gleichgewicht zwischen Markt und Staat beides hergibt: sowohl das höchst mögliche Niveau an Wohlstand als auch die größtmöglich denkbare soziale Sicherheit. Eine radikale Verschiebung dieses Gleichgewichts zugunsten des Staates würde den erreichten Wohlstand gefährden und daher langfristig die Basis der dadurch gewonnenen sozialen Sicherheit untergraben. Ein Rückzug des Staates, weiter als der der vergangenen Jahrzehnte, würde zu sozialen Kosten führen, die den Genuss des größeren – und noch ungleich verteilten – Wohlstandes unmöglich machen. Von der Tatsache ganz zu schweigen, dass eine Beschneidung öffentlicher Dienstleistungen, z. B. im Bildungsbereich, langfristiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit lähmen würde. Wir sind der festen Überzeugung, dass Wohlstand und soziale Stabilität, selbst wenn kurzfristig Kompromisse eingegangen werden müssen, langfristig nur erhalten werden und gedeihen können, wenn politisch so gehandelt wird, dass ihrer wechselseitigen Abhängigkeit voneinander Rechnung getragen wird. Die Sozialdemokratie muss sich in dieser Hinsicht zwei mögliche Gefahren deutlich bewusst machen: die hohen Kosten eines freien Marktes, der soziale Verwerfungen erzeugt, und der Preis, der für einen dominierenden Staat bezahlt werden muss, der Kreativität und freies Unternehmertum verdrängt.

Mehr denn je ist es auch die Aufgabe des Staates geworden, dem Kapitalismus zum Erfolg zu verhelfen – statt ihn an Exzessen zu hindern, zu denen er notwendig tendiert. Formen des Marktversagens der Vergangenheit haben gezeigt, dass der Kapitalismus eine Regulierung um seiner selbst Willen bedarf, da er auf vielen Gebieten unfähig ist, sich selbst zu regulieren. Die Vorliebe des Marktes beispielsweise für komplexe, selbst für Kenner schwer zu verstehende Finanzinstrumente, ruft nach Schaffung einer (internationalen) Finanzbehörde, die die Risiken unterschiedlichster Finanz-Transaktionen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Finanzmarkt und Wirtschaft realistisch einzuschätzen und Gefährdungen ihrer Funktionsfähigkeit zu verhindern vermag. Zusätzlich dazu muss der Staat sorgfältig darauf achten, dass der Wettbewerb geschützt und Trusts, Kartelle und Monopole verhindert werden. Wesentlich für eine fortschrittliche Markt-Vision ist es, Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit als posi-

ven Bestandteil der Wirtschaft zu bewerten, der dem Interesse der Öffentlichkeit dient und der es wert ist, geschützt zu werden. Ein fairer und offener Wettbewerb – den der Kapitalismus tendenziell oft selbst untergräbt – kommt der Öffentlichkeit zugute, da die daraus gewonnenen Steuerabgaben die Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen seitens des Staates garantieren. Das schließt eine Umverteilung der Gewinne nicht aus. Die politische Rechte fordert keinen konkurrenzbetonten, sondern einen ungehinderten Markt, der auch dann sich selbst überlassen werden soll, wenn beispielsweise Monopole entstehen: Dies ist ein Phänomen, gegen das der Kapitalismus über keine inneren Schutzmechanismen verfügt. Insbesondere auf jenen Gebieten, auf denen Intervention der Effizienz des Marktes wenig schadet, sollte der Staat pro-aktiv werden (eine internationale Besteuerung von Kapitalbewegungen, die Stärkung von Aufsichtsräten sowie eine Begrenzung von Managerbezügen sind denkbar).

Wir glauben, dass progressive Politik eine pragmatische Haltung dem Staat gegenüber einnehmen (oder beibehalten) sollte: Innerhalb der Grenzen von verantwortungsbewusster öffentlicher Verwaltung sollten Politik und Regierung kreativ und unternehmerisch mit der Erhaltung oder Ausweitung der staatlichen Verantwortung umgehen. Gleichzeitig müssen jene Gebiete aus der staatlichen Verantwortung herausfallen, auf denen Politik und Regierung offensichtlich erfolglos sind und bleiben werden. Wir meinen im Einklang mit herrschenden Trends, dass der Staat als Instrument der Politik nicht überstrapaziert werden darf. Die übergreifenden Ziele der Sozialdemokratie, dazu gehören unter anderem Gleichheit, Chancengleichheit und soziale Solidarität, sollten mit den besten zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden.

Unser Zeitalter bringt zu einem gewissen Grad die Machtlosigkeit des Staates mit sich, mit der wir uns abfinden müssen. Bei vielen innenpolitischen Entwicklungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, die durch globale Prozesse bestimmt werden, sind die Eingriffsmöglichkeiten des Staates vergleichsweise schwächer geworden. Zumindest auf nationaler Ebene kann der Staat nicht mehr eine Kontrolle ausüben wie noch vor ein paar Jahrzehnten. Wir dürfen nicht den Fehler machen anzunehmen, dass ein stärkerer Staat automatisch eine größere Reichweite oder mehr Einfluss hätte; in vielerlei Hinsicht ist der ungarische Staat, der riesig, aber schwach und in-

effektiv ist, eine traurige Illustration dieser Fehlkonzeption. Wir müssen unsere erfolgreiche Abkehr vom Fundamentalismus und Dogmatismus aufrechterhalten. Wo trotz Reformen und Verbesserungen die Mittel des Staates versagt haben, sollten alternative Instrumente ausprobiert werden (z. B. Privatisierung mit Staatskontrolle und/oder -finanzierung, Dezentralisierung usw.). Ein sozialdemokratischer Staat sollte sich auf die Gebiete konzentrieren, die er für wichtig hält *und* die er effizient bewältigen kann. Das soll nicht heißen, dass der Staat wichtige Gebiete aufgeben sollte, nur weil ihm vielleicht aktuell die geeigneten Instrumente fehlen, ihre Probleme zu bewältigen.

Die in sich gesplante internationale Gemeinschaft kann den Menschen nicht helfen

Tatsächlich besteht die beste Möglichkeit, die Reichweite des Staates zu vergrößern – und auch einen Teil seiner in den vergangenen Jahrzehnten verloren gegangenen Macht zurückzugewinnen – darin, viele der Kontrollmechanismen, die auf nationaler Ebene versagt haben, auf internationale und supranationale Institutionen zu übertragen. Zwangsläufig müssen mehr Aktivitäten und Regulierungen des Staates international umgesetzt werden, denn ohne den globalen Kontext werden ansonsten fundierte Programme scheitern, wie in der Vergangenheit bereits geschehen. Führungsetagen von Unternehmen und Venturekapitalisten fällen Entscheidungen aufgrund einer festgelegten globalen Perspektive und globaler Möglichkeiten. Wenn er seine Wirksamkeit aufrechterhalten (oder wiedergewinnen) möchte, muss auch der Staat Politiken entwickeln, die solche Denkweisen berücksichtigen. Gordon Browns Einführung der Tobin-Steuer in die Debatten der G20 ist ein lobenswertes Beispiel eines solchen Ansatzes. Ihr (hoffentlich vorübergehendes) Scheitern ist daher zu beklagen. Es ist teilweise auch darauf zurückzuführen, dass die Sozialdemokratie in dem oben genannten Gremium nicht stark genug repräsentiert ist.

Auf einer zunehmenden Anzahl von Gebieten ist »effektive nationalstaatliche Politik« ein Widerspruch in sich. Darum besteht ein berechtigtes Interesse daran, internationale und supranationale Institutionen zu stärken. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass diese nicht die »Menschen vor Ort« aus den Augen verlieren, sondern dass sie sich auf diejenigen konzentrieren, denen sie die-

nen, selbst wenn die Institutionen weit von den Menschen entfernt arbeiten. Letzteres zu gewährleisten ist insbesondere eine Aufgabe nationaler Politik, da erfahrungsgemäß internationale Organisationen, auch wenn sie es »gut meinen«, die Tendenz haben, sich eine eigene Realität zu schaffen. Sie neigen dazu, ohne demokratischen Druck die Sorgen und Nöte von Wählern nicht wahrzunehmen. Die Besorgnis erregende Unbeliebtheit der Europäischen Union in zentral- und osteuropäischen Staaten, die erst vor kurzem Mitglied wurden, ist eine traurige Bestätigung dieser Tatsache. Die Sozialdemokratie muss eine Kraft sein, die versucht, das legitime Interesse der Öffentlichkeit an einer vernünftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf einem internationalen Niveau durchzusetzen. Gleichzeitig muss sie darauf achten, dass die daraus entstehende Politik den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen und nicht abstrakten Ideen dient (von obskuren organisationsspezifischen Interessen ganz zu schweigen).

Ein neuer Entwurf für Gleichheit im 21. Jahrhundert

Es lässt sich feststellen, dass die gewünschte Aktivität des Staates nicht von unserer ideologischen Gesamtkonzeption für die Zukunft getrennt werden kann. Dies zeigt sich, wenn zwei Aspekte betrachtet werden, die in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle spielen: Gleichheit und Modernisierung. Hierbei muss sich die Sozialdemokratie mit sich verändernden Konzeptionen für Ungleichheit und Wohlfahrt auseinandersetzen, die sich aus der sozialen und ökonomischen Realität unserer modernen Gesellschaften ergeben. Die Rolle des Staates bei der Beseitigung der vom Markt geschaffenen Ungleichheit muss dementsprechend angepasst werden. Die Dimensionen der Ungleichheit (und Gleichheit) können nicht länger auf den materiellen Sinn des Begriffs reduziert werden, d. h. unser Verständnis von Ungleichheit und die Reaktion der Politik darauf müssen anspruchsvoller werden.

Auf der Habenseite steht, dass sich einige Formen der Ungleichheit aus freiwilligen Entscheidungen ergeben, durch einen Verzicht auf Gleichheit, für den die Bürger im Gegenzug Vorteile oder Leistungen erhalten. Es rührt ein Teil – und die Betonung liegt hier auf »Teil« – der Wohlstands- und Einkommensungleichheit in der Gesellschaft nicht aus der systemischen Verteilung von Ressourcen,

welche dem Einzelnen unabhängig von seinen Präferenzen etwas aufzwingt, sondern beruht vielmehr auf individuellen Entscheidungen. Einzelne können sich entscheiden, ob sie einen höheren materiellen Wohlstand gegen einen höheren Lebensstandard anderer Art austauschen möchten. In diesem Sinne muss die Sozialdemokratie die Entscheidungen der Einzelnen respektieren und ihr Verständnis von Lebensqualität dahingehend erweitern, dass auch nichtmaterielles Streben einbezogen wird. Dies zeigt an, dass das Niveau absoluter Armut wesentlich wichtiger ist als das Maß relativer Ungleichheit.

Jedoch muss eine erweiterte Auffassung von Ungleichheit auch in ein Verständnis münden, das begreift, wie sich Ungleichheit auch jenseits des Einkommens manifestiert und daher auf differenzierte Art und Weise ausgeglichen werden muss. Zwar bestanden schon immer Unterschiede in der Bildung, doch ist ihr Einfluss auf Karriere und Lebenschancen größer denn je – und sie sind in zunehmendem Maße entscheidend für den sozioökonomischen Erfolg. Während in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ungelernete Arbeiter in entwickelten Gesellschaften darauf hoffen konnten, einen anständigen Lohn und Mittelschichtstatus zu erreichen und zu halten, sind heutzutage die Un- und Untergebildeten in großer Gefahr, auf Dauer zurückzubleiben. Wachsende Einkommensungleichheit ist größtenteils eine Folge von Unterschieden im Ausbildungsgrad, die insgesamt zurückgehen mögen, aber größere Auswirkungen auf das Einkommen als früher haben.

Im Einklang mit der Logik solcher Zusammenhänge ist im sozialdemokratischen Denken des vergangenen Jahrzehnts eine Verschiebung des Schwerpunkts in der politischen Zielsetzung aufgetreten: weg von der Ergebnisgleichheit hin zur Chancengleichheit. Chancengleichheit ist der kleinste gemeinsame Nenner in modernen Gesellschaften. Zumindest theoretisch wird keiner, weder auf der rechten noch auf der linken politischen Seite, die Wichtigkeit und moralische Legitimität des Strebens nach einer möglichst gleichen Verteilung der Chancen anfechten (wir lassen im Augenblick außer Acht, ob die Rechte wirklich willens ist, sich in diesem Sinne verbindlich festzulegen). Der Dritte Weg hat zu Recht diesen Gedanken gegenüber dem traditionellen sozialdemokratischen Schwerpunkt der Einkommens- oder Vermögensgleichheit betont. Ergebnisgleichheit bleibt ein erstrebenswertes Ziel, doch im Lichte der sozioökonomischen Realitäten muss die Sozialdemokratie bereit sein, Kompromisse in Hinsicht auf das erreichbare Niveau der Gleichheit zu

schließen. Mit Blick auf das klassische Dilemma, zwischen einem »größerer Kuchen, der ungleich verteilt wird« und einem »kleineren Kuchen, der ausgeglichen verteilt wird« zu wählen, hat sich die Sozialdemokratie für den größeren Kuchen entschieden. Die Annahme ist: Selbst wenn eine robust wachsende Wirtschaft zu wachsender Ungleichheit beiträgt, ist sie besser befähigt, die Unterschicht mitzunehmen und ihr Arbeit zu geben (immer noch die beste Einzelmaßnahme, um absolute Armut zu verhindern); und auch der Staat hat größere Handlungsspielräume, weil seine Steuerbasis wächst.

Dieser Ansatz sollte nicht mit einem intellektuellen Strohmännchen für »linken Neoliberalismus« verwechselt werden, den viele der selbst ernannten Inquisitoren der Linken als Popanz aufbauen und auf unserer Seite der politischen Mittellinie verorten. Gleichheit ist wichtig. Wie jedes andere wünschenswerte Ziel beinhaltet auch das Streben nach Einkommens- und Vermögensgleichheit Zielkonflikte und verlangt folgerichtig Kompromisse: In jeder relevanten progressiven Debatte wird diskutiert, wie viel Kompromiss möglich ist, und nicht, ob ein traditionelles, fortschrittliches Ideal schlicht fallengelassen werden sollte. Es ist wesentlich, die Verbindungen zwischen den beiden Konzeptionen von Gleichheit besser zu verstehen. Es gibt Abstufungen und Formen der Deprivation, die jegliche Bemühungen des Staates, Chancengleichheit zu etablieren, aussichtslos machen. Eine wachsende Unterschicht, ein Phänomen, das die meisten entwickelten Gesellschaften plagt, leidet unter Benachteiligungen, die sogar die beste Politik nur schwer kompensieren kann. Der Staat muss die Ressourcen des Marktes nutzen und intervenieren, um das weitere Wachstum dieser Unterschicht zu verhindern und mittelfristig erreichen, dass sie kleiner wird. Es gibt ausreichend Gebiete, auf denen der Staat dem Markt Anstöße geben kann – z. B. in den Bereichen Mindestlohn, intelligente Beschäftigungspolitik, Schutz für Arbeitnehmer und Gewerkschaften, um zu verhindern, dass weitere Teile der Mittelschicht in Deprivation abrutschen.

Die Quadratur des Kreises: Modernisierung mit Gleichheit verbinden

Die Sozialdemokratie sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, dass sie in Hinsicht auf staatliche Maßnahmen und Politik verschiedene, manchmal miteinander in Konflikt stehende Bedürfnisse und Forderungen einer zu-

nehmend demografisch breit gefächerten Bevölkerung befriedigen muss. Wähler aus der Mittelschicht sehnen sich nach einer gesicherten Existenz. Der Mangel daran erklärt zumindest teilweise die zunehmende Unzufriedenheit des Westens mit dem Kapitalismus, der in den Köpfen der Menschen – berechtigterweise – mit unsicheren Arbeitsplätzen, verzögerten Lohnerhöhungen usw. in Verbindung gebracht wird. Die Opfer kapitalistischer Erfolgsgeschichten und systemisch bedingter Verwerfungen wünschen sich vom Staat, dass er ihnen aus ihrer Misere heraushilft. Sie wissen, dass der Markt sie ohne den Druck oder die Hilfe des Staates nicht integrieren wird. Und schließlich wollen junge Wähler in erster Linie, dass der Staat und die Progressiven sich auf ihre Sorge um die Umwelt, die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Frauenrechte usw. einstellen. Lediglich scheinbar haben diese post-materialistischen Belange wenig mit klassischen Fragen der Existenzsicherheit zu tun, handelt es sich doch um Fragen, die große Unsicherheit hervorrufen: Für die junge Generation sind die Verschmutzung der Umwelt und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie Probleme, die völlig zu Recht Angst vor der Zukunft hervorrufen.

Sicherheit zu vermitteln und zu schaffen, indem man auf diese Ängste reagiert und sie durch geeignete praktische Maßnahmen lindert, ist nach wie vor eine der grundlegendsten Verantwortlichkeiten sozialdemokratischer Politik. Die legitimen Bedürfnisse und Forderungen auch der Menschen nach Planungssicherheit, Kalkulierbarkeit, Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit etc. zu erfüllen (Forderungen, deren Rationalität jedem Wirtschaftsunternehmen ohne Umschweife zugestanden wird), verlangt verschiedene Arten der Intervention in den Markt. Einige dieser Möglichkeiten haben wir oben skizziert. Aber der Staat schafft auch dadurch langfristig Sicherheit, dass er den Einzelnen und die Gesellschaft gleichermaßen auf die Zukunft vorbereitet. Es ist noch immer wahr, dass die erfolgreichste Arbeitsmarktpolitik gleichzeitig auch die effektivste Sozialpolitik ist. Es ist des Weiteren wahr, dass die beste Bildungspolitik die erfolgreichste Arbeitsmarktpolitik sein wird. Bildung ist das eine, Umwelt und die Bewegung hin zu einem »grünen Staat« das andere Gebiet, auf dem die Sozialdemokratie ihre Sorge um Beschäftigungswachstum und ihre Verpflichtung zum Fortschritt am besten kombinieren kann. Beide sind Gebiete, auf denen staatliche Anreize für den Markt besonders nützlich sind, da die kurzfristige Profitorientierung des Marktes für ein volles Engagement in grüne Technologie nicht

auszureichen scheint. Indem der Staat Anreize bietet, die Wirtschaft »grüner« zu gestalten, kann er den Grundstein für Investitionen legen, die in den kommenden Jahrzehnten für eine große Zahl von Arbeitsplätzen und für robustes Wachstum sorgen werden. Ob nun lokal oder global, der Staat muss regulierende und finanzielle Hilfe bei der Entwicklung von »grünen« Industrien leisten. Die Sozialdemokratie muss bei der Förderung eines grünen Staates die Initiative ergreifen, da ein solcher in jeder Hinsicht der Schlüssel zu unserer Zukunft ist: Er sorgt für eine nachhaltige Entwicklung und markiert das Gebiet, auf dem Innovation und wirtschaftliche Expansion im 21. Jahrhundert stattfinden werden.

Doch die besten Ziele und Maßnahmenpläne bleiben reine Visionen, wenn sie nicht mit politischem Handeln und Kommunikation verknüpft und in Wählerstimmen übersetzt werden, die den Zugang zur Regierung ermöglichen. Gerade hier, mehr noch als in der politischen Programmatik, liegt das größte Defizit der Sozialdemokratie.



Mark Wickham-Jones

Markt und Staat: Ein Blick aus Großbritannien

Einführung

In ihrem Positionspapier »Der Krise Perspektive geben« bietet Anke Hassel eine erhellende und engagierte Darstellung der Schwierigkeiten, mit denen sich die europäischen Sozialdemokraten im Augenblick auseinandersetzen müssen. Im Anschluss an eine präzise und umfassende Analyse deutet sie an, in welcher Form diese speziellen Probleme möglicherweise gelöst werden könnten. Vieles ist überzeugend und plausibel, insbesondere aus einer pan-europäischen Perspektive. Weniger sicher bin ich mir jedoch, ob ihre Darstellung die Besonderheiten der Situation erfasst, in der sich die britische Labour Party augenblicklich befindet. Ich glaube, dass sich in diesen Besonderheiten sowohl ein aktuelles Trauma als auch der sich von anderen Ländern unterscheidende Kurs, den die Sozialdemokratie in den letzten hundert Jahren in Großbritannien genommen hat, widerspiegeln.

Es steht außer Frage, dass die Finanzkrise und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Rezession wichtige Folgen für die europäische Sozialdemokratie haben. Das Versagen von regulierenden Rahmenbedingungen sowohl in den USA als auch in Europa weist auf gravierende Schwachstellen in jener Art von neoliberalen Programmen hin, das inzwischen so etwas wie die vorherrschende Ideologie in der Wirtschaftspolitik verkörpert. Zusammen veranschaulichen das globale Versagen im Bankensektor und die daraus erwachsene Rezession die grundlegenden Mängel in der Auffassung von den sich selbst regulierenden und sich selbst korrigierenden freien Märkten. Ich verstehe Hassel so, dass sie außerdem folgert, durch die Krise seien die Grenzen des von New Labour nach ihrer Rückkehr an die Macht im Mai 1997 entwickelten Modells offenbart worden – ein Ansatz, der später auch von vielen anderen europäischen Sozialdemokraten übernommen wurde, wenn auch in stark veränderter Form (am offensichtlichsten natürlich von der deutschen SPD). Nicht nur bot dieses Modell einen unattraktiven »Kuhhandel«, weil mit ihm zugunsten materiellen Wachstums zunehmende Ungleichheit in Kauf genommen wurde. Letztendlich stellte sich heraus, dass es die versprochenen wirtschaftlichen Vorteile überhaupt nicht erbringen konnte. Darüber hinaus suggeriert Hassel, dass das Modell von vorneherein aus wahltechnischen Gründen gefährdet war.

Wo nun bleibt die Sozialdemokratie angesichts einer solchen Lage? Hassel untersucht eine Reihe von Pfaden, die Sozialdemokraten zu ihrem Vorteil beschreiten könnten. Eine Möglichkeit wäre, eine Variante des schwedischen Modells zu entwickeln, das auf Gesprächen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften basiert, die Themen wie Aus- und Weiterbildung, Arbeitsschutz und öffentliche Investitionen behandeln. Ein weiterer möglicher Ansatz betont die Koordination von Maßnahmen auf europäischer Ebene. Ich verstehe Hassel so, dass sie in diesen beiden Ansätzen zwar lohnende Denkanstöße sieht, sie aber dennoch auch als problematisch erachtet. Die Grenzen des ersten Ansatzes, die Nachahmung skandinavischer Vorbilder, liegen darin, dass es Faktoren gibt, die spezifisch schwedisch sind und die sich anderenorts nicht so leicht auffinden oder reproduzieren lassen. Im zweiten Ansatz wird der Versuch einer koordinierten Aktion auf europäischer Ebene durch Schwierigkeiten eingeschränkt, die immer wieder im Zusammenhang mit groß angelegten, kollektiven Aktionen auf Seiten autonomer nationaler Akteure auftreten. Deshalb schlägt Hassel vor, dass sich Sozialdemokraten nicht nur um Initiativen solcher Art, sondern auch um Aspekte nationaler Modelle und um Wahlkoalitionen kümmern sollten, die ihr Projekt stützen. Das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft enthält nur wenig präzise Anhaltspunkte dafür, welche Form sein Reformismus annehmen könnte. Es fördert jedoch eine starke bürgerliche Gesellschaft und es ist anzunehmen, dass politische Forderungen, die durch Ungleichheit der Geschlechter und materielle Ungerechtigkeiten geschürt werden, weiter bestehen werden. Sozialdemokraten können zum einen dadurch darauf reagieren, dass sie sich für Managementreformen und die Entwicklung von Mitbestimmung einsetzen, zum anderen für verbesserte Dienstleistungen des Staates. Durch ein solches Projekt, so ihr Vorschlag, könne mithilfe von Sozialpartnern, verantwortungsvoller handelnden Unternehmensführungen und durch die Einbeziehung der Mittelschicht eine sozialdemokratische Koalition erreicht werden.

Der britische Fall

Wie bereits erwähnt, ist vieles in dieser Darstellung Hassels überzeugend. Der britische Fall bestätigt ihre Kritik an der existierenden ökonomischen Ideologie: Inmit-

ten des zunehmenden Ungleichgewichts und Mangels scheint ein großer Teil des wirtschaftlichen Wachstums in Großbritannien auf spekulativem Besitz und Blasen am Aktienmarkt gegründet zu sein. Die daraus erwachsende Wirtschaftskrise und deren Folgen konnten von New Labour nicht überzeugend bewältigt werden. Am 6. Mai 2010 wurde New Labour nach dreizehnjähriger Regierungszeit abgewählt. Der neue konservative Premier David Cameron muss mit seinem Koalitionspartner, den Liberalen unter Nick Clegg, nun ein Konzept finden und umsetzen, das aufgrund seiner enormen Sparzwänge auch seine Wähler nicht begeistern wird. Ob und in wie weit die neue Regierung ins Zentrum der Probleme, den britischen Bankensektor, vorzudringen gedenkt, bleibt abzuwarten. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob Hassels Erörterung das ganze Ausmaß oder die Fülle der Schwierigkeiten erfasst, die die Sozialdemokratie in Großbritannien bedroht haben und bedrohen. Die tatsächlichen Auswirkungen der Bankenkrise und des Abschwungs auf den Reformismus sind stark von nationalen Umständen geprägt. Im Vereinigten Königreich ist das finanzielle Dilemma aufgrund des stark verschuldeten britischen Bankensektors besonders ernst – eine Belastung, die massive Finanzspritzen aus öffentlichen Mitteln nötig gemacht hat und machen wird, um die finanzielle Basis des Wirtschaftsystems zu sichern. Nicht nur war bis zur letzten Wahl die Krise hier härter als in vielen europäischen Gemeinwesen. Für viele war sie direkt mit der Politik und der ideologischen Ausrichtung der Labourregierung verbunden. Der Zusammenbruch begann, nachdem die Partei ungefähr ein Jahrzehnt lang an der Regierung war, ihre längste ununterbrochene Amtszeit. In dieser Zeit entwickelte die Labour Party mit Blick auf Maßnahmen finanzieller Überwachung einen ausgesprochen zurückhaltenden Ansatz.

Überdies wurde, wie Hassel bemerkt, Gordon Brown als Schatzminister eng mit der Behauptung in Zusammenhang gebracht, mit der Etablierung dieser neuen Rahmenbedingungen habe die Regierung die Zyklen des Auf und Ab von Boom und Pleiten beendet. Eine Reihe von Punkten springt hier ins Auge. Erstens, egal ob es nun richtig oder falsch ist, New Labour die Schuld für die Bankenkrise zu geben, ist es offenkundig, dass in den Köpfen vieler Wähler noch immer eine starke Verbindung zwischen der Regierungspolitik und der aktuellen Rezession besteht. Sicherlich hatten New Labours Schwierigkeiten vor der Wahl eine Vielzahl von Ursachen, wie etwa der anhaltende Skandal um parlamentarische Spesenabrechnungen und einige halbherzige Leistungen wichtiger

Minister. Aber auch die wirtschaftlichen Ursachen, die zur Gleichgültigkeit der Wähler gegenüber der letzten Regierung führten, sollten nicht unterschätzt werden. Zweitens sehen Behauptungen wie die, dass dem Auf und Ab von Boom und Pleiten ein Ende bereitet worden sei sowie das über die regulierenden Rahmenbedingungen gegossene Lob rückblickend bestenfalls selbstgefällig und anmaßend aus. Im schlimmsten Fall suggerieren sie eine fundamentale Inkompetenz und ein außerordentliches Versagen, die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Drittens wird der Umfang von Rettungspaketen und die daraus resultierende Schuldenabtragung auf Jahre hinaus in Großbritannien den Rahmen der staatlichen Politik bestimmen. Der letzte Punkt ist besonders relevant. Die neue konservativ-liberale Regierung wird auch dann, wenn es ihr gelingen sollte, der britischen Wirtschaft wieder eine Bodenhaftung zu geben, an den zu erwartenden Steuererhöhungen großen Ausmaßes und der Rückzahlung der Schulden gemessen werden – beides sehr unpopuläre Maßnahmen. Der Wiederaufbau der genannten Koalition wird sich nun aber in anderen Rahmenbedingungen abspielen müssen. Ob er schwieriger oder leichter zu bewerkstelligen ist als von einer (mit regierenden Sozialdemokratie, wird die Zukunft zeigen.

Hassel benennt die Mittelschicht als einen signifikanten Teil der sozialdemokratischen Koalition. Im Fall von Großbritannien könnte deren Beteiligung an einer wahlpolitisch bedingten Neuausrichtung durch die in den nächsten zwei Jahren zu erwartenden massiven Erhöhungen der Studiengebühren an Universitäten sowie weiteren Erhöhungen der Steuerlast erheblich erschwert werden. Labour ist als Oppositionspartei nun nicht mehr in der Regierungsverantwortung, diese Gebühren zu erhöhen. Aber auch der der Opposition eigene breitere Spielraum entlastet sie nicht davon, in der Frage der Finanzierung der Universitäten eine Haltung einzunehmen, die unter den augenblicklich herrschenden, eingeschränkten Umständen glaubhaft ist. Hart ausgedrückt: die Mittelschichtwählerschaft könnte sich auch von einer in der Opposition agierenden Labour Party noch weiter entfremden.

Labours Besonderheit

Meine Zweifel an der Fähigkeit von Labour, den von Anke Hassel formulierten Weg einzuschlagen, sind nicht nur darauf zurückzuführen, wie sehr die Partei von der

momentanen Wirtschaftskrise und ihrem aktuell erlebten Machtverlust belastet ist. Sie zeigen, dass Labour in gewissem Sinne eine außergewöhnliche und atypische sozialdemokratische Partei ist, eine, die sich schwer tut, aus anderenorts gemachten Erfahrungen zu lernen und in einen sinnvollen Dialog mit anderen reformistischen Organisationen einzutreten. Die Vorstellung, dass Labour ein offensichtlicher Sonderfall in der Familie der europäischen Sozialdemokratie ist, hat sich bereits fest etabliert. Sie hat etwas von einer Karikatur, die auf die Gründung der Partei um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert zurückweist. Ihre Besonderheiten wurden in Egon Wertheimers 1929 erschienenen »Porträt der britischen Arbeiterpartei« gut eingefangen und sind seitdem oft wiederholt worden. Wertheimer, Londoner Korrespondent des *Vorwärts*, hatte wiederholt betont, wie sehr sich Labour im Allgemeinen von anderen reformistischen Parteien unterschied. Studien neueren Datums haben das zwar angefochten: Es bleibt jedoch ein klares und weit verbreitetes Argument, das zu dem Schluss kommt, Labour sei vom Mainstream der europäischen Sozialdemokratie weit entfernt. Ich vertrete die Ansicht, dass es, trotz der Schwierigkeiten, individuelle Fälle als außergewöhnlich zu klassifizieren, gute Gründe gibt, Labour als atypisch zu betrachten. Labours Haltung gegenüber dem Staat und der Nation, ihre Beziehung zu Gewerkschaften sowie ihre Haltung zu Theorie und Empirismus stehen im Gegensatz zu Haltungen des kontinentalen Reformismus. Die engstirnige Haltung hat sich zwar im Laufe der Geschichte der Partei gewandelt. Insbesondere unter der Führung von Neil Kinnock in den 1980er Jahren richtete sich die Partei sehr am europäischen Mainstream aus. Im Allgemeinen war die Partei jedoch ein Sonderfall.

Neben klaren kulturellen und historischen Merkmalen spiegeln sich im Kurs der Labour Party jenseits des Mainstreams der europäischen Sozialdemokratie wesentliche Unterschiede, die zwischen der britischen Wirtschaft und dem, was man vielleicht als das typisch kontinentale Modell bezeichnen könnte, bestehen. Die Dominanz des Finanzkapitals und die Bedeutung der imperialen Vergangenheit Großbritanniens sind allseits bekannt. Relevanter für das sozialdemokratische Projekt ist vielleicht, dass Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen für den größten Teil des letzten Jahrhunderts als konfrontationsfreudig, klar umrissen und klassenorientiert charakterisiert werden könnten. Natürlich gab es im Gegensatz zu manchen anderen erfolgreichen sozialdemokratischen Staatswesen kaum eine Tradition von Kompromiss oder Verhandlung,

von Mitbestimmung gar nicht zu reden. Das britische Gewerkschaftswesen wird häufig durch seine autonome Haltung und sein Festhalten an der Tarifautonomie definiert. Solch eine Sicht hat auch den Kurs der Arbeiterbewegung gegenüber der Wirtschaftspolitik geprägt, wobei der Erreichung kurzfristiger Ziele durch anscheinend recht antagonistisches Verhalten Priorität gegeben wurde. Deshalb hat der Diskurs über Stakeholding, von vielen europäischen Sozialdemokraten mit offenen Armen begrüßt, auch keinen Anklang gefunden. Im Januar 1996 forderte Tony Blair in Singapur als Oppositionsführer: »Wir brauchen ein Land, in dem wir es als kollektive Verpflichtung betrachten, sicherzustellen, dass jeder Bürger seinen Anteil daran hat, eine Stakeholder Economy«. Kurzfristig als große Kehrtwende in der Perspektive der Partei gesehen, wurde dann nichts aus dem Vorschlag und, so schnell wie sie aufgekommen worden war, verschwand die Sprache des Stakeholding auch wieder aus dem Diskurs der Labour Party. Bezeichnenderweise lieferte David Soksice, ein dem »Blair Project« nahe stehender Akademiker aus Oxford, in der Zeitschrift *Prospect* eine schonungslose Gegenschrift über die Anwendbarkeit des deutschen Modells auf das Vereinigte Königreich. Die für die Nachahmung eines solchen Formats notwendigen institutionellen Grundlagen existierten schlicht und ergreifend nicht im britischen Kapitalismus. Und ohnehin sei das deutsche Modell auf wichtigen Gebieten nicht dynamisch genug und schließe Frauen von der Beteiligung am Arbeitsmarkt aus: Britische Reformisten sollten ein solches Format nicht kopieren wollen. Ein paar Verfechter der kontinentalen Sozialdemokratie sind noch übrig geblieben, allen voran der Journalist Will Hutton in seinem Buch »The State We're In«. Doch ihr Einfluss auf die Labour Party ist seit Mitte der 1990er Jahre minimal.

Solche Sorgen sind nicht neu. Historisch gesehen stand Labour schon immer der Demokratisierung der Arbeitswelt und Entwürfen wie dem des Stakeholding-Ansatzes sehr skeptisch gegenüber. Viele führende Persönlichkeiten der Bewegung, insbesondere unter den Gewerkschaftsführern, meinten, dadurch würden die historischen Ziele der Partei gefährdet und die Klassenzugehörigkeit verwässert. Labour hat in der Tat seine radikale Agenda modifiziert und heutige britische Gewerkschaften sind weniger konfrontationsfreudig. Aber solche Entwicklungen wurden nicht mit Fragen der Mitbestimmung in Verbindung gebracht. Weder in der Vergangenheit noch heute wurde jemals das Konzept der »Sozialpartner« schwerpunktmäßig in der Partei diskutiert.

Hassel schlägt vor, dass eine Wiederbelebung von Mitbestimmung zwischen Sozialpartnern eine Basis für eine Art von sozialdemokratischer Erneuerung schaffen könnte. Theoretisch ist das eine attraktive Aussicht. Aber in Großbritannien gibt es keine Tradition für solche Arrangements. Und noch schwerer wiegt, dass Labour in seiner Geschichte meist vernichtende Kritik an einer solchen Praxis geübt hat und schlussfolgerte, die Forderungen organisierter Arbeiter würden dadurch kastriert. Die einzigen Verweise, die ich in den Archiven der Partei zur Mitbestimmung gefunden habe, sind unerbittlich ablehnend, und zwar sowohl was die allgemeinen Prinzipien als auch die spezifischen Einzelheiten des deutschen Falls betrifft. Wie auch immer die historische Ablehnung der Partei zur Mitbestimmung ist, die derzeitige Wirklichkeit einer geschwächten und gespaltenen Gewerkschaftsbewegung liefert Hinweise, dass ein solches Projekt wenig Zukunftschancen hätte. Britische Gewerkschaften haben zurzeit wenig Einfluss und schon gar keine Macht am Arbeitsplatz. In Anbetracht der atomisierten Traditionen industrieller Beziehungen verspüren Arbeitgeber wenig Neigung oder Motivation, desinteressierten Belegschaften Mitbestimmungskonzepte anzubieten.

Die Beziehung der Labour Party zu den ihr nahe stehenden Gewerkschaften bleibt zutiefst zweischneidig. Viele Gewerkschaften waren äußerst enttäuscht von den offensichtlich neoliberalen Aspekten des letzten Regierungsprogramms. Dennoch gehören sie zu den wesentlichen Geldgebern der Partei. Das Warwick Abkommen von 2004, ein Versuch, die politischen Forderungen der organisierten Arbeiterschaft an ihren politischen Ansprechpartner zu formalisieren, lässt erkennen, dass viele Gewerkschaften es noch immer für profitabler halten, den politischen Weg zu beschreiten als sich durch Mitbestimmung zu arrangieren. Die Verhandlungen zu Warwick sind symptomatisch für die Einstellung der britischen Sozialdemokratie. Es wird angedeutet, dass politische Mittel für geeigneter und wünschenswerter gehalten werden als Ansätze, die auf Mitbestimmung basieren.

In den letzten zehn Jahren seiner Amtszeit unternahm Labour wenig, um die Beziehungen zu den europäischen Sozialdemokraten zu verbessern oder sich an die existierenden Strukturen der europäischen Wirtschaftssysteme anzupassen. In einer Rede an die Sozialdemokratische Partei Europas etwa einen Monat nach dem Wahlsieg zum Unterhaus 1997 gab Tony Blair den Ton offen und provokativ an, indem er forderte, dass »wir uns moderni-

sieren oder untergehen«. In Punkto Politik blieb Labour resistent gegenüber vielen pan-europäischen Initiativen, am deutlichsten natürlich, als sie die britische Mitgliedschaft in der europäischen Währungsunion ablehnte. In ihrer ideologischen Ausrichtung nahm die Partei häufig einen nationalistischen Standpunkt ein; einen, der im Laufe der vergangenen Jahre an Intensität gewann. Gordon Browns Forderung nach »britischen Arbeitsplätzen für britische Arbeiter« gab einem chauvinistischen Standpunkt Ausdruck, der an Fremdenfeindlichkeit grenzte. Oft war das Beste, was Labour anbieten konnte, die Meinung, dass europäische Reformisten irgendwie aus britischen Erfolgen lernen könnten. In seiner Mansion House Rede von 2006 setzte Gordon Brown der historischen Langsamkeit Europas die Dynamik und Liberalisierung, die von Großbritannien forciert wird, entgegen. In diesem Zusammenhang ist vielleicht »Die gute Gesellschaft«, ein Papier, das von Jon Cruddas, einem Labour MP und Andrea Nahles, einer führenden SPD-Vertreterin, gemeinsam verfasst wurde, von Bedeutung. Es bietet eine Reihe von sehr viel konkreteren Vorschlägen als »The Third Way/Die Neue Mitte«, ein ziemlich fades, im Juni 1999 von Tony Blair und Gerhard Schröder verfasstes Papier.

Labours engstirnige Ausrichtung hat meiner Ansicht nach erhebliche Folgen für Hassels Vorschläge zum Wiederaufbau der europäischen Sozialdemokratie. Die Probleme, die sie benennt, werden bestätigt, wenn entweder eine europaweite Kooperation oder das schwedische Modell die Grundlagen für ein solches Projekt liefern. Doch auch mit ihrer Alternative gibt es grundlegende Schwierigkeiten. Labour hat wiederholt eine völlige Antipathie an den Tag gelegt, wenn es darum ging, von anderen Reformparteien zu lernen. Außerdem sind die strukturellen Fundamente, auf denen eine wiederbelebte Sozialdemokratie erblühen könnte, in Großbritannien womöglich gar nicht vorhanden.

Es ist ohnehin nicht sicher, ob eine Basis für eine Wiederbelebung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt existiert. Sicherlich weisen einige Indikatoren auf eine Abnahme des sozialen Kapitals hin (insbesondere unter den Jungen und denjenigen, die man der Arbeiterklasse zuordnen könnte): Da sind beispielsweise die geringere Wahlbeteiligung, nachlassendes Vertrauen in Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und in die gesellschaftlichen Institutionen. Diese Anzeichen sind jedoch wenig aussagekräftig, denn solches Nachlassen steht im Gegen-

satz zur Zunahme von sozialem Kapital an anderen Stellen. Aber teilweise wirkt sich dieser Zuwachs vielleicht gar nicht auf die sozialen und politischen Netzwerke aus, die eine starke bürgerliche Gesellschaft definieren. So kann Sozialkapital heute in Großbritannien sehr viel vielschichtiger und polarisierter sein als in der Vergangenheit, da zersplitterte Gruppen miteinander konkurrieren. Außerdem könnte die Bürgerbeteiligung im Laufe des letzten Jahrzehnts unterminiert worden sein, zum einen durch den herrschenden Illiberalismus vieler Initiativen der Labour Regierung und zum anderen durch das Versagen der alten Regierung, der von Extremisten in den letzten Jahren geübten Kritik an existierenden sozialen Netzwerken eine positive Alternative gegenüber zu stellen. Multikulturalismus und Toleranz – definierende Korrelate bürgerlichen Engagements – machen zurzeit einen besonders anfälligen Eindruck. Labour hat sich, so scheint es beizeiten, auf einen quasi-fremdenfeindlichen Standpunkt zurückgezogen, der auf einer schwer nachvollziehbaren und schlecht definierten Vorstellung vom Britisch-Sein beruht. Die Unfähigkeit der alten Regierung, eine eindeutige Verteidigungsstrategie des multikulturellen Ansatzes zu entwerfen, kann mit dem Wahlerfolg extremistischer Parteien – in erster Linie der British National Party – in Verbindung gebracht werden.

In Deutschland wird das europäische Sozialmodell gut verstanden und geschätzt. Im Gegensatz dazu hängt man in Großbritannien an einzelnen Aspekten des Sozialstaates. Am offensichtlichsten ist das der Fall beim National Health Service. Hier gibt es zwei Gegensätze: Gesellschaft versus Staat sowie Modell versus Details. Erstens: In Deutschland scheint man einem potenziell sozialdemokratischen Modell anzuhängen, das fest in der Gesellschaft verankert ist. Im Gegensatz dazu ist in Großbritannien das bei weitem populärste Attribut des Reformismus die Bereitstellung universeller Fürsorge durch den Staat. Es gibt keine Verankerung in der Gesellschaft. Zweitens: In Deutschland scheint das Modell als Ganzes verstanden, geschätzt und befürwortet zu werden. In Großbritannien gibt es wenig Verständnis dafür, was Sozialdemokratie ausmachen könnte. Die Unterstützung konzentriert sich auf einen Aspekt. Des Weiteren ist Labours Anhänglichkeit an den Sozialstaat vor allem eine historische Reflektion dessen, was die Partei in der Vergangenheit erreicht hat.

Labours Versäumnis, eine Definition von und ein Verständnis für die Sozialdemokratie zu entwerfen, liegt

meiner Meinung nach an der unzureichenden Identitätsbestimmung. Die Antipathie der Partei gegenüber europäischem Reformismus spiegelt keine konsequente Position wider. In ihrer Analyse betont Hassel besonders den Dritten Weg als klares Modell, den die Partei unter Tony Blairs Führung eingenommen hat. Meiner Ansicht nach stellt sie den Dritten Weg zu schlüssig als konsequentes Programm dar, das auf durchdachten Grundsätzen beruht. Sicherlich versuchten Blair und einige der ihm Nahestehenden, mit dem Dritten Weg eine theoretische Untermauerung des Labour Programms. Aber die Werte, die sie projizierten, waren nichtssagend und inkonsequent. Der Begriff »Dritter Weg« wurde in einer Reihe verschiedener Zusammenhänge verwendet und seine Bedeutung sehr unterschiedlich interpretiert. Ein kausaler Zusammenhang zwischen den laschen Werten des Dritten Weges und konkreten politischen Initiativen wurde nie festgestellt. Die Idee fand wenig politische Unterstützung in der Labour Partei, trotz diverser Versuche Tony Blairs, sie wiederzubeleben, und verpuffte schließlich im sozialdemokratischen Diskurs innerhalb Großbritanniens. Es ist bemerkenswert, dass Gordon Brown diesen Begriff niemals, weder als Schatzminister noch als Ministerpräsident, verwendete. Mit Beginn seiner Tätigkeit als Schatzminister entwickelte Brown stattdessen einen durch und durch pragmatischen Ansatz für eine staatliche Politik, in dem Maßnahmen daran gemessen wurden, ob sie ihre spezifischen Ziele erreichten. Labours neoliberale Initiativen waren das Ergebnis einer empirischen Sichtweise, in der Politik auf der Basis ihrer Ergebnisse entworfen und beurteilt wurde, statt an den Werten, die ihr zugrunde liegen könnten, gemessen zu werden. Dementsprechend hat die britische Labour Partei einen weniger entwickelten Sinn für ihre eigene Identität als viele der anderen europäischen Sozialdemokraten.

Schlussfolgerung

Ich glaube, dass Hassel Recht hat, wenn sie einerseits die wichtige Rolle einer Reihe von Ungleichheiten, die dem Reformismus Vorschub leisten und andererseits die Notwendigkeit einer flexiblen Sichtweise bei der Entwicklung sozialdemokratischer Forderungen betont. Die Ungleichheitsagenda musste vor der letzten Wahl unter den gegebenen wahlpolitischen und ökonomischen Empfindlichkeiten mit Umsicht angegangen werden: Allerdings suggerierten Änderungen bei der Besteuerung, dass es in Großbritannien Unterstützung für diese Art von Vorschlä-

gen gab. Inwiefern das Wahlergebnis auch diese Suggestion als falsch erwies, bleibt zu erörtern. Das Gewicht, das Hassel auf die Förderung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen als Teil eines reformistischen Pakets legt, ist ebenfalls lobenswert. Solche Maßnahmen könnten effektiv zu einem konsequenten Programm verbunden werden, dem eine Theorie kollektiven Handelns zugrunde liegt, um wesentliche öffentliche Güter und Dienstleistungen in einer angemessenen Art und Weise zur Verfügung zu stellen. Großbritannien mangelte es in den letzten Jahren sicherlich an einer solchen Grundlage. In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren profitierte Labour von der europäischen Erfahrung bei der Artikulierung einer Strategie, die auf kollektivem Handeln beruhte, um Marktversagen zu berichtigen. In Verbindung mit einer Verpflichtung zu einer Sozialversicherung bietet ein solcher Standpunkt eine mögliche Rechtfertigung für Staatsinterventionen, wenn es darum geht, qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Ed Miliband hat kürzlich skizziert, welche Form ein solches Programm annehmen könnte.

Ich denke jedoch, dass es Schwierigkeiten gäbe, sollte Labour versuchen, genau den von Hassel entworfenen Weg einzuschlagen. Ein überarbeitetes Stakeholding-Konzept könnte einiges Potenzial für Deutschland bereithalten, doch für Großbritannien ist es schwer vorstellbar, dass ein solcher Weg funktionieren könnte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Labour bis zur nächsten Wahl 2014 die Art von wahlpolitischer Koalition aus Mittelschichtwählern, Sozialpartnern und Unterstützung von Unternehmen bilden kann, die Hassel anderenorts für durchführbar hält. Zwischen diesen Gruppen bestehen manifeste Spannungen. Viele Mittelschichtwähler hegen zurzeit eine tiefsitzende Antipathie gegen Labour. Ohne solche Unterstützung bei Wahlen rundweg abzulehnen, sollte sich die Partei lieber darauf verlegen, ihr Engagement für wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Umwelt wieder zu beleben und Ungleichheiten zu bekämpfen.

Es wäre in diesem Zusammenhang falsch, den Schluss zu ziehen, dass die Strategie von New Labour in den letzten Jahren gradlinig neoliberal war. Zugegebenermaßen orientierten sich einzelne Aspekte der Regierungsarbeit offenkundig an einer marktpolitischen Perspektive. Andere Elemente waren dagegen sozialdemokratischer. Sicherlich beinhalteten manche Maßnahmen der Labourregierung – beispielsweise Steuervorteile und andere Haushaltsreformen – Umverteilungseffekte.

Außerdem verblieb, trotz rhetorischer Ablehnung eines solchen Ansatzes, ein Element von *tax and spend* in dem Verhalten der alten Regierung erkennbar. Labour intervenierte in einer Reihe von Fällen, um Misserfolge am Markt mit einer egalitären Tendenz zu korrigieren. Überdies, indem die Arbeit im Sinne dieser Strategie betont wurde, war es der Labour-Regierung gelungen, Maßnahmen zu finden, die größere Akzeptanz in Teilen der Mittelschichtwählerschaft erreichten. Gelegentlich fühlte sich Labour bei seiner Förderung von Gleichheit und der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen sichtlich unwohl. Aber der Diskurs, innerhalb dessen solche Maßnahmen legitimiert werden, hat sich in der Nachfolge der Finanzkrise geändert: Gelegenheiten, einen solchen Ansatz zu artikulieren, werden auch als Oppositionspartei weiterhin bestehen. Unter solchen Umständen sollte es Labour möglich sein, größeres Gewicht auf die Themen »Produktion« und »Dienstleistungen« zu legen (auf Kosten des finanziellen Sektors). In der Tat gab es Zeichen für eine solche Orientierung bereits auf der Labourkonferenz 2009: Ein häufig wiederholtes Mantra von Peter Mandelson war, dass die Produktion in Großbritannien einen größeren Anteil am Bruttosozialprodukt habe als in Frankreich.

Trotz all der offenkundigen Ähnlichkeiten einiger ihrer grundlegenden wirtschaftlichen Maßnahmen sind hier deutliche Unterschiede zwischen der Labour Party und David Camerons Conservative Party erkennbar. Labour hat jetzt die Chance, aus der Opposition heraus eine eigenständige moderne Identität zu entwickeln, in der die Themen »soziale Fairness« (konservative Bestrebungen in Bezug auf die Reform der Erbschaftssteuer begünstigen nach wie vor die Wohlhabenden) und »staatliche Fürsorge« (auf dem Gebiet der öffentlichen Dienstleistungen) eine wesentliche Rolle spielen. Nach den Parlamentswahlen ist es Labour nun auch möglich, eine deutlichere und positivere Haltung zu Europa einzunehmen. Bereits die Finanzkrise hat einen Kontext eröffnet, in dem eine pan-europäische Zusammenarbeit relevanter und durchführbarer erscheint als dies in den letzten Jahren der Fall war. Doch obwohl die beiden politischen Hauptparteien bezüglich ihrer Anschauung zu Wirtschaftsfragen viel gemein haben, ist der Unterschied in der Praxis offensichtlich. Beide Parteien haben sich einem Anti-Inflationsrahmen und der Schuldenrückzahlung verpflichtet. Aber die Möglichkeiten der Konservativen, einen moderaten Kurs zu fahren und sich gleichzeitig eine Hardliner-Basis in der Wählerschaft zu erhalten, wird im

politischen Alltag einer harten Prüfung unterworfen werden.

Es ist für Labour wichtig, eine eigene Identität zu entwickeln und damit die Korrelate zu stellen, anhand derer ihre pragmatischen Vorschläge geortet und bewertet werden können. Solche Entwicklungen müssen sich nicht nur auf ökonomische Fragen beschränken. Es herrscht jetzt viel mehr Konsens über die Widrigkeiten des britischen Wahlsystems als dies bisher der Fall war. Britische Parlamentswahlen basieren auf einem einfachen Mehrheitswahlrecht, bei dem der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt. Die Konsequenzen eines auf relativen Mehrheiten aufbauenden Mehrheitswahlrechts können gewaltige Verzerrungen verursachen und stellen die Vorstellung eines demokratischen Verfahrens infrage. Im Jahr 2005 erlangte Labour mit lediglich etwas über 35 Prozent der Stimmen 350 Sitze und damit eine sichere Mehrheit im Unterhaus. Die Konservativen mit kaum drei Prozent weniger gewannen weniger als 200 Sitze. Berücksichtigt man eine Wahlbeteiligung von knapp über 60 Prozent, hatte Labour nur etwas mehr als jede fünfte Wählerstimme erhalten. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen innerhalb der Labour Party gibt es jetzt kaum noch Unterstützung für ein solches System. Gordon Brown hatte angedeutet, dass ein Bedarf an Reformen besteht, doch die von ihm vorgeschlagene Richtung behagte vielen nicht. Daher verschaffen die letzten Parlamentswahlen der Partei die Gelegenheit, eine fundamentale Reform des Wahlsystems zu fordern. Ein neues Wahlsystem wäre nicht nur demokratischer. Es würde Labour einen neuen Weg aufzeigen, Politik zu machen, bei der Verhandlungen und Kompromisse im Vordergrund stehen. Eine Wahlsystemreform könnte die Art von progressivem und egalitärem Kurs fördern, auf dem Labour gedeihen könnte.

Hannes B. Mosler

Eine »Außenperspektive«: Markt, Staat und Zivilgesellschaft in Südkorea und Japan

Einleitung

Das Konzept der Sozialdemokratie stammt aus einem ganz bestimmten geopolitischen und historischen Zusammenhang, der heute so an keinem Ort der Welt mehr gegeben ist. Dies ist ein wichtiger Hintergrundaspekt der postulierten Krise des ursprünglichen sozialdemokratischen Modells. Das Scheitern des überkompromisshaften Dritten Weges hat dies anschaulich vorgeführt; in der aktuellen Weltwirtschaftskrise hat sich die neoliberale Ideologie endgültig als Irrweg erwiesen. Die Frage nach neuen Ideen und Konzepten ist Ausdruck des Erkennens dieser Umstände.

Obgleich Südkorea und Japan im Vergleich zu Europa geopolitisch und historisch ganz verschieden gelagert sind, steht man heute auch hier vor durchaus ähnlichen Problemen, zum Beispiel bei der Frage nach alternativen Konzepten zum Verhältnis von Markt, Staat und (Zivil-)Gesellschaft. Was sind die drängenden Probleme und Fragen der Zeit in Ostasien, und wie geht man dort damit um?

Die zaghaften gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ansätze, die sich im Moment zu zeigen scheinen, sprechen – entgegen asiatischer Zurückhaltung – eine deutliche Sprache. Ohne Umschweife wird thematisiert, dass es so nicht weitergeht. Es wird eine völlige Kehrtwende gefordert. Mit der jungen Generation im Zentrum des Problembewusstseins wird sogar die sonst so unter Respekt verschonte Generation der Älteren nicht vor harter Kritik ausgenommen. Gleichzeitig fällt es den Menschen im Hinblick auf die Idee einer zu schützenden Solidargemeinschaft durchaus weniger schwer, einen starken Staat zu akzeptieren, der durch Einbettung des Marktes für das Wohl der Bevölkerung sorgt. Dies sind die offenen Forderungen aus der Gesellschaft, die sich neuerdings selbst in Wahlergebnissen deutlich niederschlagen. Gerechte Verteilungspolitik, empathische Solidargemeinschaft und ein dafür die Verantwortung übernehmender starker Staat sind allesamt Vorstellungen, die man in Südkorea und Japan als sinnvolle Alternative sieht. Voraussetzung einer funktionierenden Realisierung wäre jedoch eine vergleichsweise effektive Einflussnahme der Zivilgesellschaft im Beziehungsverhältnis zu Staat und Markt.¹

1. Auf Grund der erklärten Konvergenz der strukturellen Probleme der Gegenwart verwundert es nicht, dass auch in Ostasien die von Hassel

Ostasien – ein Modell?

Südkorea und Japan sind gemeint, wenn vom »Ostasiatischen Modell« die Rede ist. Die Geschwindigkeit der Wirtschaftsentwicklung dieser beiden Länder war lange Zeit atemberaubend rasant. Und trotz der Dynamik und Geschwindigkeit konnte man den sozialen Zusammenhalt verhältnismäßig gut wahren. Obgleich die staatlichen Ausgaben für Sozialpolitik relativ niedrig gehalten wurden, konnten das Niveau der Gesundheitsversorgung und Bildung der Bevölkerung stark verbessert werden, universale soziale Sicherungssysteme wurden eingeführt und auch die öffentliche Sicherheit konnte gesichert werden. Damit heben sich die Länder Ostasiens nicht nur in ihrer Region, sondern auch im internationalen Vergleich deutlich ab.

Vom »Erfolgsmodell Ostasien« zu sprechen, ist ein Missverständnis², das bereits vor langer Zeit seinen Anfang nahm und in Gestalt von Ansätzen eines »konfuzianistischen Kapitalismus«, »asiatischen Werten« oder »Modell Ostasien« immer wieder neu aufgelegt wird. Als man in den 1970er Jahren in Westeuropa und Nordamerika unter geringen Wachstumsraten und steigenden Arbeitslosenzahlen sowie immer größer werdenden staatlichen Schuldenbergen litt, schaute man nach Ostasien, um sich in seiner Diagnose zu bestätigen, dass das Übel im aufwendigen Wohlfahrtsstaatsmodell zu suchen sei. Dies diente als ein Baustein für die Rechtfertigung eines neuen Staatsverständnisses à la Reagan und Thatcher. Die These vom »konfuzianischen Kapitalismus«³ war geboren. Nachdem bis dahin den konfuzianistisch geprägten Gesellschaften immer attestiert worden war, immanent unfähig für zivilisatorische Entwicklungen zu sein, wurde nun ihr erfolgreiches Schicksal beschworen, von dem zu lernen sei, wolle man nicht untergehen. Man sprach so-

(2009) genannten »drei Quellen ... im Interesse einer neuen Form der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik angezapft werden« sollten.

2. Vgl. Heide 1997a.

3. Es wurde die These aufgestellt, dass es ein Kapitalismusmodell in Ostasien gebe, das auf konfuzianistische Werte zurückzuführen sei, und sich unter anderem in Disziplin, Fleiß, Untergehung der Arbeiter gegenüber ihrem Vorgesetzten und totalem Kollektivbewusstsein ausdrücke. Man instrumentalisierte diese These auf zweierlei Weise: zum einen konnte man eine »gelbe Gefahr«, also einen »Anderen« heraufbeschwören, was die Notwendigkeit einer Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit rechtfertigte; zum anderen wurden dadurch gleichzeitig dazu notwendige inhaltliche Vorgaben in Form der Institutionalisierung von noch mehr Arbeit zu noch schlechteren Bedingungen mitgeliefert (vgl. Lee 1997, 31 ff.; siehe auch Kulesa 2001).

gar vom 21. Jahrhundert als dem »Jahrhundert Ostasiens«. Huntington gab dieser angeblichen Bedrohung mit der These seines *Clash of Civilizations* ein erschreckendes Gesicht, in die man die »Skeptiker« zur Abschreckung schauen lassen konnte.⁴

Mit der so genannten Asienkrise 1997/98 brach der Traum von einem Erfolgsmodell Ostasien zusammen. Japans zweistellige Wachstumsraten begannen sich in den 1960er Jahren, in Südkorea in den 1970er Jahren einzustellen. Vor allen Dingen die *zaibatsu* Japans und die *jaebeol* Südkoreas, also die von Familien betriebenen Großkonzerne⁵, hielten ihre Angestellten mit Senioritätsprinzip und Aussicht auf lebenslange Anstellung bei Laune. Mit den 1990er Jahren jedoch begann das rasante Wachstum zu stagnieren, die Arbeitslosenzahlen fingen an, in die Höhe zu steigen und der Anteil nicht-regulärer oder prekärer Arbeitsverhältnisse zuzunehmen.⁶ Ähnlich wie in der historischen und der neueren Debatte um angebliche Asiatische Werte war man im Westen enttäuscht – das Alter Ego, das man sich erdacht hatte, gibt es nicht, jedenfalls nicht so. Zwar zahlte Südkorea die Kredite an den Internationalen Währungsfonds (IWF) so schnell zurück wie kein anderes von der Krise betroffenes Land – und schürte damit erneut den Glauben an ein

ostasiatisches Erfolgsmodell –, doch die globale Krise 2008 zeigt abermals, dass das System im Fernen Osten mit fast identischen Problemen konfrontiert ist wie die anderen Industrieländer. Diese Wiederholung der Geschichte kann auf zweierlei Weise gedeutet werden: Entweder es gibt ein spezifisches Ostasiatisches Modell, das sich nur herauschälen muss, und die Krisen sind Teil eines *trial-and-error*-Prozesses. Oder: Es gibt kein Ostasiatisches Modell, schon gar kein Erfolgsmodell, aber Südkorea und Japan haben spezifische Voraussetzungen, die teils mehr, teils weniger Potenzial für die nachhaltige Entwicklung einer wünschenswerten Beziehung zwischen Staat, Markt und Gesellschaft im Sinne praktikabler sozialdemokratischer Ideen für das 21. Jahrhundert bergen könnten.

Es ist klar, dass die Vorstellung eines Ostasiatischen Erfolgsmodells eine Wunschvorstellung ist und bleiben wird. Das heißt jedoch nicht, dass man nicht voneinander lernen könnte. Im Gegenteil. Doch dafür muss man genau erkennen, was die Gemeinsamkeiten und was die Verschiedenheiten jeweils sind.

Ostasiens Zukunft – in der Vergangenheit?

Südkorea schaut auf die Tradition eines relativ egalitären Gesellschaftskonzepts zurück. Zwar waren die Gesellschaften der verschiedenen vormodernen Dynastien durchaus sozialdarwinistisch geprägt, sodass man auch mit der Institution der Beamtenprüfungen⁷ nicht von Chancengleichheit, aber doch zumindest von einer gewissen Chancenoffenheit sprechen kann. Jedem Untertan, außer den Sklaven und Frauen, stand es offen, an den Prüfungen teilzunehmen und somit seinen sozialen Aufstieg in die eigenen Hände zu nehmen. Es gab kein Ständedenken, das einem die Mobilität eingeschränkt hätte, wenn auch finanzielle Hürden dem einfachen Volk es sehr schwer machten, sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Jahrhunderte lang gepflegten Ideal, dass der Staat (der König) die Verantwortung trägt, für das Wohl des Volkes zu sorgen. Dieses

4. Mit der weltweit rezipierten These vom *Clash of Civilizations* (Huntington 1993) hat Huntington schließlich einen ähnlichen Effekt erreicht wie schon mit seiner Modernisierungstheorie vom starken Staat, die vielen autoritären Regimes in den 1960er Jahren als Argument für ihre Entwicklungsdiktatur diente. (Huntington 1968) Die These vom *Clash of Civilizations* dient letztlich dazu, ein Bedrohungsszenario zu schaffen, das ausreichend Hebelwirkung generieren konnte, die eigenen Gesellschaften des Westens in den sauren Apfel neoliberaler Sachzwänge beißen zu lassen. Die Arbeiter und Angestellten in Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen und -verhältnisse gegeneinander auszuspielen, ist eines der anschaulichen Beispiele davon. Auf der anderen Seite lieferte das Zivilisationsargument Staatslenkern in Ostasien das nötige rhetorische Instrument, um ihrerseits letztlich neoliberale Politiken durchzusetzen. (vgl. Lee 1997, 21 ff.)

5. Der Begriff *jaebeol* (*chaebol*) bedeutet eine für Südkorea typische Art von Großkonzernen oder Konglomeraten, die ursprünglich von ihren Gründerfamilien kontrolliert wurden. Mit der Machtergreifung Park Chung Hees (1960) entwickelte sich im Kontext der entwicklungs-diktatorischen Planwirtschaft der sogenannte *jaebeol*-Staat-Komplex heraus, der an das Vorbild der japanischen *zaibatsu*, die auf die Meiji-Zeit zurückgehen, angelehnt ist. In der Symbiose des *jaebeol*-Staat-Komplexes machte der Staat den *jaebeol* entsprechend den Mehrjahresplänen Vorgaben, die sie erreichen müssen, während sie ihnen dafür weitreichende Privilegien zugestanden, nicht jedoch ohne immer das letzte Wort zu haben. Jedoch haben sich die *jaebeol* zunehmend von dieser »kurzen Leine« freimachen können. Die Krise Ende der 1990er Jahre wird unter anderem auf die korrupte Struktur und ursichtiger Verflechtungen zwischen verschiedenen Zweigen einzelner *jaebeols* und mit der Politik zurückgeführt.

6. Differenzierend muss hierzu erwähnt werden, dass man in Südkorea noch bis kurz vor Ausbruch der Krise Ende der 1990er Jahre hohe Wachstumsraten genoss, während man in Japan bereits Ende der 1980er Jahre nur noch einstellige Wachstumszahlen vorweisen konnte. Dies setzte sich in den 1990ern in einer stetig weiter verlangsamenden wirtschaftlichen Entwicklung fort.

7. Die Beamtenprüfung führte man in Anlehnung ähnlicher Einrichtungen Han-Chinas in Korea im 8. Jahrhundert erstmals ein. Dadurch, dass sich jede Person, unabhängig von Stand und Herkunft, zu den Prüfungen anmelden konnte, durch deren Bestehen einem eine Beamtenlaufbahn und damit der soziale Aufstieg gesichert war, reformierte sich die vormals starre Aristokratengesellschaft und sorgte für die Herausbildung einer relativ egalitären Beamten-gesellschaft, die vergleichsweise deutlicher als zuvor den Fokus auf Fähigkeiten anstatt auf Herkunft legte.

tradierte Konzept eines starken Staates, der für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen hat, ist mit der Modernisierung aus dem Blick geraten und unter jahrzehntelanger Kolonialherrschaft in den Hintergrund getreten. Während der Militärdiktatur nutzte man diese Traditionen für den Machterhalt und -ausbau aus, indem man sie auf den Kopf stellte. In diesem Kontext sind die ersten rudimentären und noch sehr eingeschränkten wohlfahrtsstaatlichen Manifestierungen (Unfallversicherung 1964; Krankenversicherung 1977; Rentenversicherung 1988)⁸ zu verstehen. In diesem Zusammenhang ist auch ein anderes, positives Verhältnis zu einem starken Staat zu sehen. Wenn das Ideal eines für seine Bürger sorgenden Staates angestrebt werden soll, ist ein großer, mächtiger Staat keineswegs abwegig – geschweige denn verpönt. So bleibt die postulierte »Notwendigkeit der Militärdiktatur«, die damals mit der zu überwindenden Armut des Landes gerechtfertigt wurde, auch heute noch eine umstrittene Frage. Die Menschen wurden bei der Stange gehalten, solange der angeblich gerecht aufzuteilende Kuchen wuchs. Die Sachzwang-Logik dieses Wohlstandskuchens konnte bis zur Krise 1997/98 auch nur deshalb überdauern, weil nach der Doktrin der Entwicklungsdiktatur gleich die neoliberale TINA (*there is no alternative*)-Logik des (Welt-) Marktfundamentalismus auf dem Fuße folgte.⁹

Mit dem Erreichen relativen Wohlstandes im internationalen Vergleich bzw. durch die Tatsache, dass trotzdem immer mehr Menschen in Südkorea verarmen, also mit dem Eintreten des Gegenteils der Heilsversprechen, ist eine Grenze der Hinhaltetaktik erreicht. Dass die Menschen teilweise zu Zehntausenden auf die Straße gehen, um für ihre Rechte zu demonstrieren, obgleich immer ein Mehrfaches an Polizeiaufgebot auf sie wartet, ist auch auf ein gewachsenes Selbstbewusstsein und Selbstverständnis zurückzuführen, allgemein anerkannte soziale Rechte auch politisch einzufordern. Man stellt also an den Staat die Forderung, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Damit bricht man mit der Gewohnheit, die sich aus dem Konzept der Entwicklungsdiktatur ergab, weiterhin einen beträchtlichen Teil von Wohlfahrt, Bildung etc. in

die Privatsphäre – und damit auf sich – abwälzen zu lassen.

Schließlich gibt es die Tradition von solidarisch-gemeinschaftlichen Werten und Praktiken, wie sie typisch sind für agrarwirtschaftlich geprägte Länder Asiens. Durch verschiedene religiöse und moralphilosophische Einflüsse sind für die Menschen nicht einfach der Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe in der Dorfgemeinschaft und auch weiter entfernter Verwandtschaft wichtig, sondern die zwischenmenschliche Verbundenheit beginnt bei der Wertschätzung Älterer bzw. Weiser, was sich auf ältere Geschwister, Eltern, Großeltern, Dorfälteste, Lehrer etc. beziehen kann. Auch diese Werte und Praktiken machten sich die Entwicklungsdiktatoren zunutze, indem sie das soziale Fundament in ihre entwicklungspolitischen Projekte integrierten, um sie als kollektiv-humanistisch auszugeben und lebensenergetische Potenziale abzuschöpfen.¹⁰ Die Neue-Dörfer-Bewegung¹¹ unter Militärdiktator Park Chung Hee ist exemplarisch, die freiwillige Goldsammelaktion der einfachen Bürger während der Krise 1997/98 vielsagend dafür, wie sehr dieses ursprünglich ländlich-solidarisch-gemeinschaftliche Bewusstsein bis heute wirkt.

Auch in **Japan** kann man auf eine kritische politische Kultur, die stark vom normativen Anspruch auf Egalität geprägt ist, zurückblicken. Dies baut auf dem Fundament einer humanistischen Tradition des Konfuzianismus auf, nach der ein Jeder zum »Edlen« werden kann, wenn er sich nur genügend anstrengt. Die Einführung der Staats-

8. Vgl. Kwon 1999 und Mayer 2001.

9. Hierbei darf natürlich nicht vergessen werden, dass die Junikämpfe aus dem Jahr 1987 eine ganz wichtige Zäsur darstellen, insofern, als dass sich die damalige Diktatur im Angesicht der starken Demokratisierungsforderungen breiter Schichten der Gesellschaft gezwungen sah, auf die Forderungen einzugehen. Dies führte schließlich zur zumindest formal demokratisierenden Verfassungsreform, weshalb das Jahr 1987 in Südkorea im allgemeinen als Wendejahr zur Demokratisierung angesehen wird.

10. Vgl. hierzu die kulturpolitische und sozioökonomische Analyse von Kim 1993 und Heide 1997.

11. Die Neue-Dörfer-Bewegung geht auf eine Initiative des damaligen Militärdiktators Park Chung Hee zurück, der Anfang der 1970er Jahre mehr als bereits zuvor Widerstand gegen seine autoritäre Politik ausgesetzt war. Dies verdeutlichte sich unter anderem in der sogenannten Yushin-Reform, durch die er sich absolute und lebenslange Herrschaft zu sichern beabsichtigte. Fast gleichzeitig veranlasste er eine systematische Unterstützung zur Modernisierung der ländlichen Kommunen, Gemeinden und Städte, die sich durch die Stadtflucht immer mehr entvölkert hatten, in Form von einer Art »realsozialistischen« Wiederinstandsetzungsprogrammen, wozu die Regierung tonnenweise Beton bereitstellte. Neben einer nicht zu leugnenden quantitativen »Modernisierung«, deren qualitativen Beiträge jedoch stark zu Wünschen übrig ließen, rückten mit der Zeit explizit politische Interessen und deren Realisierung immer stärker in den Vordergrund. Mit der weiteren Intensivierung der Entwicklungsdiktatur spätestens seit Anfang der 1970er Jahre stellte sich nämlich auch eine immer stärker werdende Widerstands- bzw. Demokratisierungsbewegung ein, der durch die Neue-Dörfer-Bewegung der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. Das Programm zielte erfolgreich darauf ab, die Menschen durch kollektivistische und auf traditionelle Familienbilder rekurrierende Slogans auf ihrer moralischen Gefühlsebene zu erreichen, um sie für das Modernisierungsprojekt gefügig zu machen. Mittlerweile sind die Blaupausen für die Neue-Dörfer-Bewegung zu einer Art Exportschlager für unterentwickelte Regionen asiatischer Länder geworden.

prüfungen, also eines meritokratischen Bildungssystems, am Beginn der Meiji-Zeit (1868), durch das jedem Bürger die Möglichkeit eröffnet wurde, sein sozioökonomisches Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, ist Ausdruck davon.¹²

In Japan nahm nach der gewaltsamen Öffnung des Landes durch die Amerikaner Mitte des 19. Jahrhunderts der Staat die Rolle der treibenden Kraft im Prozess der Industrialisierung ein. Man war geschockt und gedemütigt von der fremdbestimmten Öffnung, nun wollte man schnell mit den neuen Mächten konkurrieren und sie schließlich auch überholen können. Viel neues Wissen und Technologie übernahm man schnell aus dem Westen, Rechtliches und Institutionelles vor allem auch aus Deutschland. Auch die Idee eines Wohlfahrtsystems fiel darunter.¹³ Im Vordergrund jedoch stand dabei bemerkenswerter Weise in erster Linie die Stärkung der militärischen Wettbewerbsfähigkeit. Die militärische Führung war es, die am Anfang des 20. Jahrhunderts die Einführung von wohlfahrtsstaatlicher Politik forderte, um genügend gesundes »Menschenmaterial« zur Verfügung für den Erhalt und Ausbau ihrer Vormachtstellung in Nordostasien zu haben.¹⁴ Bereits 1874 wurde eine Art Armenunterstützung eingeführt, wenige Jahre später folgten weitere soziale Absicherungsmaßnahmen, wie ein gesetzlicher Schutz gegen Missernten und für Beamte und Berufssoldaten.¹⁵

Das Ende des Zweiten Weltkrieges sorgte für eine Zäsur zwischen dem Tenno-System des Meiji-Regimes als einer Kreuzung aus »sozialem Königtum« und konfuzianischer Herrschaftsidee und dem neuen demokratischen parlamentarischen System, das unter anderem auch seinen Ausdruck in der verhältnismäßig progressiven neuen Verfassung¹⁶ von 1947 erhielt.¹⁷ Doch nachdem die Besatzungszeit der Amerikaner geendet hatte, auf deren Betreiben Regelungen zur Absicherung von Risiken gegen

Krankheit¹⁸ und Alter, das Sozialhilfegesetz (1946), die Arbeitslosenversicherung (1947) und später auch die Renten- und Krankversicherung (1961) eingeführt worden waren, dauerte es bis Mitte der 1970er Jahre, bis das erklärte Ziel, auch in Bezug auf die Sozialpolitik den Industriestaaten in nichts nachzustehen¹⁹, mit deutlich höheren anteiligen Ausgaben²⁰ erreicht wurde.²¹ Im Jahr 1973 hatte der damalige Premierminister Kakuei Tanaka das »Jahr Null einer neuen Ära von Wohlfahrt in Japan (fukushi gen-en)« ausgerufen.²² Während der Phase hoher Wachstumsraten war das Vertrauen in das demokratische politische System groß, während mit der merklichen Verbesserung des materiellen Wohlstandes auch der Grad der Zufriedenheit der Bevölkerung stieg. In dieser Zeit war man von der Chancengleichheit in der japanischen Gesellschaft überzeugt.

Ostasien in der Krise

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat die grundlegenden Probleme der südkoreanischen und der japanischen Gesellschaft schonungslos offen gelegt. Die Krise des globalen Kapitalismus hat somit Katalysatorwirkung für Südkorea und Japan und lässt ein Verdrängen gesamtgesellschaftlicher Krisenphänomene nicht mehr zu.

Immer mehr Menschen scheinen sich ihrer realen sozioökonomischen Lage, die Resultat einer fehlgeleiteten Politik ist, bewusst zu werden. Dies wird u. a. daran deutlich, wie sich die Menschen in Südkorea und Japan im innergesellschaftlichen sozioökonomischen Vergleich selbst einschätzen. Noch vor 20 Jahren waren es noch 90 Prozent der Gesellschaft, die sich selbst als der Mittelschicht zugehörig ansahen.²³ Heute glauben bereits 77 Prozent in Südkorea und 75 Prozent in Japan, dass sie nicht zur Mittelschicht, sondern zur Unterschicht gehören.²⁴ In beiden Staaten sehen die Bürger die zunehmende Polarisierung in der Expansion des Finanzsektors begründet.

12. Vgl. Kampeter 2004.

13. Vgl. Goodman and Peng 1996.

14. Vgl. Anderson 1993.

15. Vgl. Pohl 1988.

16. In Artikel 25 und 27 ist das Recht auf Arbeit und soziale Grundrechte verankert, was die Grundlage ihrer Institutionalisierung darstellt.

17. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem die Gewerkschaften durch Protestkundgebungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei in die Gestaltung des (Sozial-)Staats eingeschaltet hat, jedoch von der Obrigkeit scharf unterdrückt wurde. Vgl. hierzu z. B. Hofuku (1984) und Derichs (1998)

18. Bereits 1922 wurde das gesetzliche Krankenversicherungssystem eingeführt, aber erst 1961 sind alle Bürger pflichtversichert.

19. Vgl. Shinkawa 1990.

20. Siehe z. B. Lockhart 2001.

21. Die Einführung der Pflegeversicherung erfolgte 2000.

22. Vgl. Lee 2006.

23. Umfrage des Amtes des Premierministers (Japan).

24. Umfrage der südkoreanischen Tageszeitung Maegyeong (1.7.09).

In Japan geben 72 Prozent der Bevölkerung an, sie sehen die Einkommensverteilung in ihrem Land als sehr ungleich an – das ist fast identisch mit dem Problembewusstsein der Deutschen (76 Prozent).²⁵ Das heißt, neben dem tatsächlichen sozialen Abstieg²⁶ findet vor allen Dingen auch ein Bewusstseinswandel bei den Menschen statt. In Südkorea manifestiert sich dies diskursiv am (Kampf-)Begriff der »500-Euro-Generation« (*palsibpalmanwonsedae*), in Japan spricht man gar von einer »Unterschichtsgesellschaft« (*karyushakai*).

Südkorea – die 500-Euro-Generation

In Südkorea ist die so genannte 500-Euro-Generation zu einem zentralen Begriff der Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft geworden. Der Journalist U Seok Hun hatte ein halbes Jahr vor der Krise in dem Buch *Die 500-Euro-Generation* (2007), das auf den Roman *Generation 1000 Euro* (2006) von Incorvaia und Rimassa anspielt, in dem die sozioökonomische Lage italienischer Jugendlicher kritisch behandelt wird, veröffentlicht, und damit eine breite Diskussion ins Rollen gebracht. Das Buch trägt den Untertitel »Ökonomie der Hoffnung in Zeiten der Verzweigung« und prangert die Lebensumstände der jungen Generation der 20–30jährigen an, die als Folge eines extrem sozialdarwinistischen Systems von den älteren Generationen als prekäre Niedriglohnarbeiter auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet würden.

In der Tat steht in Südkorea nach den Krisen der letzten zehn Jahre mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in befristeten Arbeitsverhältnissen. Im Durchschnitt erhalten die prekären Beschäftigten nicht einmal die Hälfte dessen, was normale Beschäftigte verdienen – Tendenz abnehmend. Ungefähr ein Viertel der Beschäftigten steht in Niedriglohnverhältnissen. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen (Menschen zwischen 15 und 29 Jahren) ist im vergangenen Jahr von 7.4 auf 8.5 Prozent gestiegen.²⁷

25. Umfrage der Yomiuri Zeitung zusammen mit BBC; zitiert aus SERI (2006).

26. Beide Länder gehören zur Gruppe der »very high« im Human Development Index (HDI) des Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) für das Jahr 2007 (Bericht: 2009). Japan mit 0,960 (GINI=38,1) auf Platz 10, Südkorea mit 0,937 (GINI=31,3) auf Platz 26 und Deutschland auf Platz 22 (0,947; GINI=27,0).

27. Einschränkung ist zu sagen, dass davon viele zum Beispiel einfach eine Warteschleife bis zur nächsten Universitätsaufnahmeprüfung drehen und deshalb in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen. Außerdem liegen die Zahlen unter denen von Japan (9,9 Prozent) oder Deutschland (10,5 Prozent).

Spätestens mit der Asienkrise 1997/98 wurde vielen Südkoreanern deutlich, dass der Kuchen nicht unendlich groß werden kann, sodass alle etwas davon abbekämen. Bis dahin hatte die Methode gut funktioniert und wurde von sozialpolitischen Maßnahmen unterfüttert. Unter dem letzten Militärdiktator Chun Doo Hwan nach der formalen Demokratisierung (1987) wurde 1989 die Krankenversicherung für alle eingeführt, der Präsident und Friedensnobelpreisträger Kim Dae Jung führte 1998 die Arbeitslosenversicherung (zuvor eingeschränkt seit 1995) flächendeckend ein.²⁸ Unter der Regierung Roh Moo Hyun schließlich kam die Pflegeversicherung hinzu. Wenige Länder der Welt können diese grundlegenden Institutionen der Wohlfahrtspolitik vorweisen.

Diese wohlfahrtsstaatlichen Institutionen wurden zwar als Reaktion auf Forderungen der Gesellschaft implementiert, blieben jedoch bislang imitiertes Implantat – so wie die Institutionen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Mitte des vergangenen Jahrhunderts eingeführt worden waren, aber bis heute nicht richtig angekommen sind. Es fand kaum eine weiterführende, grundlegende Auseinandersetzung damit statt. In Südkorea wurde eine Debatte im Sinne sozialdemokratischer Werte jahrzehntelang im Angesicht der historischen Bedingungen der Teilung und der daraus resultierenden Systemkonkurrenz verhindert. Jegliche progressive Politik wurde als »links« bzw. »kommunistisch« und damit als »staatsfeindlich« im Keim erstickt. Bereits seit der Zeit nach der Befreiung aus der Kolonialherrschaft unter der US-Militärregierung und später nach dem Koreakrieg wurde der linke Flügel und die gemäßigte Mitte der Politik- und Parteienlandschaft systematisch unterdrückt – und somit jegliche alternative Potenziale. Das wirkt bis heute nach: Es gibt so gut wie keine Partei im Parlament, die ein ernst zu nehmendes Programm mit annähernd sozialdemokratischen oder vergleichswisen Inhalten vorweisen könnte. Selbst die progressive Demokratische Arbeiterpartei (*Democratic Labour Party – DLP*), die seit 2004 mit einer Handvoll Abgeordneten im Parlament vertreten ist, kann man nicht vollends davon ausnehmen.

Dennoch hat sich in der Zeit nach Südkoreas Demokratisierung Ende der 1980er Jahre inhaltlich eine teilweise soziale, demokratische Politik entwickelt – sie wurde jedoch nicht so deklariert und deshalb auch nicht als solche (an)erkannt und verarbeitet. Präsident Kim Dae Jung

28. Wie oben erwähnt wurden die Unfallversicherung 1966 und die Rentenversicherung 1988 eingeführt.

(1998–2002) pflegte nicht nur neokorporatistische Verhältnisse mit der Tripartie von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierung, sondern förderte aktiv und explizit die Zivilgesellschaft mit finanzieller Unterstützung und indirekter Partizipation an der Politikbildung. Präsident Roh Moo-Hyun (2003–2008) war der erste Präsident, der offen sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik umzusetzen versuchte, wenn auch nicht in ihrem Namen. Dass schließlich dieses Experiment der Regierungen Kim und Roh mit der Wahl Lee Myung-baks 2007 vorerst zu Ende ging, ist auch zum Teil auf die Unfähigkeit der Zivilgesellschaft zurückzuführen, ihre plötzliche neue Freiheit und Befugnisse für die Durchsetzung progressiver sozialpolitischer Politiken zu nutzen. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Tatsache, dass man versäumte, die neue Politik unter ein zukunftsweisendes, prägnantes politisches Leitbild zu stellen. Ende der 1990er Jahre wäre man materiell gesehen prinzipiell in der Lage gewesen, real etwas vom Reichtum umzuverteilen; dem kam dann jedoch der Ausbruch der Struktur- bzw. Finanzkrise zuvor. Präsident Lee Myung-bak hingegen, selbst ehemals armes Aufsteigerkind der Wirtschaft, konnte in seinem Wahlkampf Ende 2007 noch einmal allen nostalgischen Wirtschaftswunder-Glauben bei den Wählern abrufen. Doch heute, zwei Jahre nach seiner Wahl, steht Präsident Lee vor einem wirtschafts- und sozialpolitischen Scherbenhaufen – der Widerstand der Gesellschaft gegen seine Ungerechtigkeitspolitik ist immens, und er wächst.

Japan – die »Unterschichtgesellschaft«

Auch in Japan, wo es nach dem Zweiten Weltkrieg über drei Jahrzehnte sozioökonomisch immer bergauf ging und das Bewusstsein herrschte, dass jeder zur Mittelschicht gehören kann, wenn man sich nur fleißig einbringt, hat sich eine Kehrtwende eingestellt. In jüngster Zeit wird an diese Vision immer weniger geglaubt. Stattdessen kommt den japanischen Bürgern das Wort »ungerecht« leicht über die Lippen. Das Ungerechtigkeitsbewusstsein rührt aus der Wahrnehmung her, dass nicht mehr nach der persönlichen Anstrengung sondern nach Leistung belohnt wird.²⁹ Außerdem reproduzieren sich die sozialen Schichten mehr als früher nach dem Bildungsstand der Eltern, sodass der Glaube an eine durchlässige japanische Bildungsgesellschaft, nach der man unabhängig von Herkunft und Vermögen, nämlich nach

Begabung, Fähigkeit und eigener Anstrengung seinen Platz findet, erschüttert worden ist. Diese Veränderungen im Bewusstsein gehen mit einem Wertewandel einher. Das Aufkommen postmaterieller Wertvorstellungen ist hier zu erkennen, die die Basis für soziale Bewegungen – erfolgreich vor allem auf kommunaler Ebene – war. Von hier aus gehen die neuen politischen Impulse aus, die nach einer Erneuerung der Gesellschaft verlangen.

Man sieht daran, dass es nach den »verlorenen zehn Jahren« der Rezession seit Ende der 1990er Jahre zu einem deutlichen Wandel gekommen ist, der sich in dem Schlagwort »Unterschichtgesellschaft« (Miura Atsuji, 2006) manifestiert. Wie in Südkorea steht in der Debatte über die Unterschichtgesellschaft die junge Generation im Zentrum. Der soziale Aufstieg junger Menschen wird immer mehr institutionell verstellt, die Enttäuschung darüber führt zu Ohnmachtsgefühlen und Resignation. Insbesondere der drastische Wechsel von einem relativ egalitären System während der Boomzeit hin zu einem Akkordsystem, in dem nur noch Leistung zählt, ist Ursache für diesen Schock. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Nach Angaben des japanischen Sozialministeriums lebt fast jeder sechste Japaner unter der Armutsgrenze, rund ein Drittel (34 Prozent; OECD) steht in prekären Arbeitsverhältnissen mit befristeten Zeitverträgen.³⁰ Nach Angaben der ILO haben im vergangenen Jahr 77 Prozent der Arbeitslosen in Japan kein Arbeitslosengeld erhalten.³¹ Jedoch nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern bereits im Bildungsbereich beginnt die Diskriminierung von Minderbemittelten³² – das ist der Kern der »polarisierten Gesellschaft«, von der in Japan gegenwärtig die Rede ist.

Jüngst hat kein anderer als Nakatani Iwao für Umdenken in der japanischen Öffentlichkeit gesorgt. Nakatani war Anfang 2000 einer der Schlüsselfiguren der neoliberalen Strukturreform in Japan. Umso schockierender wirkt

29. Vgl. Lee 2006.

30. Auch wenn man einschränkend sagen muss, dass wahrscheinlich davon Teile nicht auf dieses Einkommen angewiesen sind, weil sie anderweitig abgesichert sind.

31. Der Grund dafür, dass sich Japan mit diesen Zahlen fast auf dem Niveau von China (84 Prozent) bewegt, so die ILO, liege darin begründet, dass Arbeiter in Zeitarbeits- und anderen prekären Arbeitsverhältnissen, die einen immer größeren Teil der Beschäftigten ausmachen, durch das aktuelle Sicherheitsnetz fielen, da sie auf Grund ihres Status keine Arbeitslosenversicherung beantragen können.

32. Eine Studie des Forschungsinstituts für Bildung an der Universität Tokyo hat herausgefunden, dass der erreichte akademische Grad in positiv abhängigen Verhältnis zu höherem Einkommen des jeweiligen Haushaltes steht. Das heißt, dass Studenten aus finanziell schwachen Familien tendenziell weniger Chancen auf höhere Bildung haben.

seine jüngste öffentliche Diagnose des globalen Kapitalismus. Die zunehmende Polarisierung der japanischen Gesellschaft liege nicht im Marktversagen begründet, sondern sei auf eine immanente (Fehl-)Funktion des Globalkapitalismus zurückzuführen. In seinem aktuellen Bestseller »Warum ist der Kapitalismus zusammengebrochen?« (2008) schreibt er, die Ideologie des Neoliberalismus habe zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft und Verlust des wirtschaftlichen Potenzials Japans geführt. In diesem »Vorschlag, wie man Japan neu aufstellt« wird deutlich gemacht, dass es nicht nur eine rasche Kehrtwende braucht, sondern vor allen Dingen gesellschaftlicher Zusammenhalt (Solidarität) und das Wiederherstellen von Vertrauen zwischen den Menschen an erster Stelle stehen müsse.³³ Es gebe keine andere Alternative für Japan.

Der jüngste historische Regierungswechsel durch die Demokratische Partei Japans (DPJ) mit dem Spitzenkandidaten und neuen Premierminister Yukio Hatoyama, der das endgültige Ende der jahrzehntelangen Einparteiendominanz der Liberaldemokratischen Partei (LDP) (das sogenannte 55er-System) bedeutete, kann als Ausdruck dieser Unzufriedenheit gewertet werden.³⁴ Im Wahlkampf ging es um Mindestlöhne, Kindergeld, Schulgebühren und ähnliche soziale Fragen, die auch von den Gewerkschaften aktiv unterstützt wurden. Hatoyama macht sehr deutlich, wo er das Grundübel sieht, wenn er einen US-amerikanischen Marktfundamentalismus öffentlich anprangert. Die neue Führung sorgt sich um die zerstörerischen Folgen für die örtlichen Gemeinschaften, die zum Beispiel aus Privatisierungen der Post resultieren, und will diese sogar rückgängig machen. Entsprechend nimmt die neu gewählte Regierung auch Impulse aus der Zivilgesellschaft in ihre Politik auf, wodurch sich eine richtungweisende Wende in der japanischen Politik zu manifestieren scheint. Es scheint in der Bevölkerung bis zu einem nicht unbedeutenden Grad Einigkeit darüber zu herrschen, dass angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung der Staat eine aktivere Rolle gegenüber dem Markt übernehmen muss, um gemeinschaftliche Werte (wieder)herzustellen.

33. Die hier genannten solidargemeinschaftlichen Aspekte werden in Japan zum Beispiel rege an Projekten alternativer Lebensgemeinschaften diskutiert, in denen mit der Wiederbelebung traditioneller Nachbarschaftsgemeinschaften experimentiert wird.

34. Berücksichtigt man jedoch nähere Umstände (z. B. reformiertes Wahlsystem etc.) des Zustandekommens des Wahlergebnisses, relativiert sich dies ein wenig. Vgl. Köllner 2009.

Markt, Staat, Zivilgesellschaft: Versuch einer Neubestimmung

Im Gegensatz zu dieser deutlichen Absage an den Neoliberalismus in Japan stellt sich die Situation Südkoreas mit der neuen Regierung und ihrer politischen Reaktion auf die zaghafte Experimente einer alternativen Politik der vorangegangenen Regierungen bislang noch etwas anders dar. Grundsätzlich wird den Gesellschaften beider Länder jedoch immer deutlicher, dass die Probleme der »500-Euro-Generation« Südkoreas und der »Unterschichtgesellschaft« Japans nicht von der Hand zu weisen sind und einer dringenden Lösung bedürfen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure formulieren diese akuten Probleme seit Langem. Mit den sich wiederholenden Krisen wird auch der Politik klar, dass man nicht mehr mit verstrickten Armen zusehen kann – und wenn es nur darum geht, ein konkurrenzfähiges Wahlprogramm danach zu schreiben. Die Privatwirtschaft ist sich ebenfalls dieser Probleme bewusst, doch ist sie auf Grund ihrer Markteinbindung weniger zuvorkommend, um sie zu lösen.

Für Staat, Markt und Zivilgesellschaft heißt das, dass ein neuer Modus der Zusammenarbeit gefunden werden muss. Lange Zeit zeichneten sich Staat und Markt in Ostasien durch eine besondere und »effiziente« Kooperation aus. Der Staat hat den Großkonglomeraten Planziele vorgegeben, entsprechend gefördert und somit durch die *jaebeol*-Züchtung die Wirtschaft angekurbelt.³⁵ Mit dem Erstarken der Zivilgesellschaft, das Ausdruck des Versagens dieses hergebrachten Kooperationsmodells ist bzw. die Unzufriedenheit damit widerspiegelt, ist gleichzeitig nicht nur eine Herausforderung für die überkommene Politik, sondern auch eine Chance für die Zukunft gegeben. Wie das im Konkreten aussehen wird, ist schwer zu sagen. Klar ist jedoch, dass die Gesellschaft sich in Zukunft nicht mehr mit der Rolle des Lückenstoppers für Markt- bzw. Staatsversagen zufrieden geben wird. Wohlfahrt und Bildung sind die beiden Bereiche, in denen der Staat vor allem die Verantwortung »erfolgreich« auf den Privatbereich der Gesellschaft abgewälzt hat.

Für das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heißt das, dass nun eine »effektive« Kooperation gefordert ist. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Modelle von Governance diskutiert, doch solange sich nur die anglierte Schale des Begriffes ändert und

35. Vgl. Eckert 1993.

die Debatte auf dem Niveau der althergebrachten Kooperation einfach in die Schläuche eines Neokorporatismus umgefüllt wird, ändert sich zu wenig. Es geht also um qualitativ neue Ansätze. Denkbar wäre hier zum Beispiel die Entwicklung einer tatsächlich großen Rolle der Zivilgesellschaft, die in der bisherigen Entwicklung bereits eine entscheidende Rolle gespielt hat. Ein solches Konzept könnte unter dem Motto der »Dekolonialisierung der Lebenswelt« stehen. Damit ist eine (Wieder)Belebung einer solidarischen Zivilgesellschaft und eines fürsorglich starken Staats gemeint, der statt eines größeren Kuchens zwar kleine Brötchen backt, aber diese nachhaltig und damit für die (Um-)Verteilung gleichmäßig portioniert. Die Idee sozialdemokratischer Politik kann grob gesagt als Gerechtigkeitspolitik oder konkret gesprochen als (Um-)Verteilungspolitik verstanden werden, die sich tendenziell mehr an der Gesellschaft bzw. am Staat als am Markt orientiert. Gerade im ostasiatischen Kontext, in dem das staatliche Fürsorgekonzept Tradition hat, wäre dies in Form einer Reduzierung von Staatlichkeit gegenüber gesteigerter zivilgesellschaftlicher Einflussnahme bei gleichzeitig größerer bzw. qualitativ anderer Einflussnahme des Staates gegenüber dem Markt vorstellbar.

Perspektive – Vertrauen, Mitbestimmung, Autonomie

Insbesondere in Südkorea, aber auch in Japan reichte die tatsächliche wohlfahrtsstaatliche Versorgung nie an das deutsche Niveau heran, was manche sogar von einem verhinderten »konfuzianischen Wohlfahrtsstaat« hat sprechen lassen.³⁶ Dennoch war und ist die Vorstellung eines Wohlstandskuchens, der relativ gleich verteilt wird, bereits eine gesamtgesellschaftliche Zielvorstellung, wenn auch meritokratische Züge ebenso deutlich sind. In diesem Zusammenhang erklärt sich der Erdrutschsieg der Demokraten in Japan, die mit diesen zentralen Themen zur Parlamentswahl antraten, und die bereits im Vorfeld absehbaren Auseinandersetzungen, mit denen sich nun die Regierung Südkoreas, die ein deutlich reaktionär geprägtes Bild von Politik und Gesellschaft aufweist, konfrontiert sieht. Insbesondere Bildung ist gerade in Ost-

36. Zum Beispiel sehen Jones (1993) und Rieger und Leibfried (1999) im kulturellen Erbe ostasiatischer Staaten und dem westlichen Wohlfahrtsstaatsmodell schwer überwindbare Gegensätze, was sie zu der kulturensensibilistischen Einschätzung zu führen scheint. Die dennoch unübersehbaren Unterschiede lassen sich überzeugender mit dem »developmental states«-Ansatz (Vgl. Goodman, White und Kwon 1998) erklären und mit unter dem Begriff der »Neuen Wohlfahrtsstaaten« (Esping-Andersen 1996) angemessen fassen.

asien ein sensibles Thema. Bisher hat die südkoreanische Gesellschaft – den sozialen Aufstieg vor Augen – zwangsläufig die Ausgaben dafür zum großen Teil übernommen. Doch seit Jahren geht es darum, die staatlichen Bildungseinrichtungen in Qualität zu verbessern, damit man nicht mehr so sehr auf den teuren privaten Bildungssektor angewiesen ist, wodurch eine Zwei-Klassen-Bildungs-Gesellschaft entstanden ist. Arbeitslosen-, Gesundheits- sowie Kranken- und Altenpflegeversicherung sind ebenso wichtige Themen wie in den Industriestaaten.

Diese Sorgen und Forderungen kommen vor allen Dingen aus der »neuen Unterschicht«, die nach eigenem Bekunden nicht weniger als knapp 80 Prozent der Bevölkerung ausmacht, selbst wenn der Human Development Index eine andere Sprache spricht. Hier geht es also um Zweierlei: Zum einen muss ein sozialpsychologischer Faktor angesprochen werden, der den Menschen, die sich fast ohnmächtig der gesellschaftlichen Resignation hingeben, Vertrauen, Halt und Zuversicht gibt. Zum anderen geht es um konkrete Sozialpolitiken, die eine Grundlage für neue Perspektiven bieten können. In Bezug auf die Aufgabe der Parteien bzw. deren Möglichkeiten kann man sagen, dass ein Wählerpotenzial für Parteien mit überzeugenden verteilungs- und vorsorgepolitischen Ideen immens groß ist. Das zeigt nicht nur der Wahlsieg der Demokraten in Japan, sondern auch die Tatsache, dass sich die südkoreanische Regierung (nach brachialen reaktionär-neoliberalen Vorstößen in der Anfangszeit) zumindest in der Rhetorik mehr und mehr auf die Bedürfnisse der »einfachen Menschen« einzustellen scheint.

Die Arbeitsbeziehungen in Ostasien haben seit der Industrialisierung im Dreiecksverhältnis von Regierung, Unternehmen und Arbeitern stattgefunden. Mit einigen Unterschieden haben die Regierungen in beiden Ländern die Unternehmen als verlängerten wirtschaftlichen Arm der Regierung gesehen, dem im Sinne des wirtschaftlichen Aufstiegs strenge Vorgaben und Auflagen gemacht, aber gleichzeitig volle finanzielle und andere Unterstützung sowie die für das Erreichen der Vorgaben nötige Freiheit gewährt. Mit der Konkretisierung des sich globalisierenden Neoliberalismus haben sich jedoch diese krakenähnlichen Arme mehr und mehr ent- und damit – zumindest so wie es sich in Japan und Südkorea darzustellen scheint – Potenziale für egalitär-verteilungspolitische Politiken gefesselt. Die Zivilgesellschaft, die sich zuerst mit aller Kraft gegen die politische Unterdrückung gestemmt hatte, stemmt sich seitdem gegen die wirtschaft-

liche Unterdrückung des neoliberalen Regimes. Aufgrund der Lernprozesse in den 1970er und 1980er Jahren ist man diesbezüglich in Japan von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgerückt. In Südkorea blickt man auf einen etwas anderen Hintergrund zurück, aber auch hier fordert nicht nur die Unternehmenseite eine Modernisierung der Gewerkschaften als Voraussetzung für eine »partnerschaftliche« Beziehung. Doch damit etwaige partnerschaftliche Beziehungen in diesem heiklen Dreiecksverhältnis nicht einfach zur Weiterführung des neoliberalen Projektes mit anderen Mitteln führt, muss die Rolle des Staates insbesondere qualitativ gestärkt werden. Nur dann kann sichergestellt werden, dass das effiziente Verhältnis von Staat und Unternehmen, das für den wirtschaftlichen Aufstieg gesorgt hatte, zu einer effektiven Partnerschaft führt, die für einen sozialen Aufstieg sorgt.

Dazu gehört auch eine weitere Konsolidierung und Institutionalisierung der politischen Parteien sowie die aktive Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft, um die derzeit herrschende Partizipations- und Repräsentationskrise zu überwinden. Im Gegensatz zum Westen schaut man in Ostasien auf eine vergleichsweise schwache Entwicklung der Zivilgesellschaft bis zur Industrialisierung. Doch umso stärker war der Einfluss der politisierten gesellschaftlichen Sphäre danach und bis heute. Während man in Japan schon seit den 1970er Jahren durch die institutionalisierten Beratungskommissionen (*shingikai*) einen gesetzlich begründeten Vermittlungskanal für die aktive und effektive Mitgestaltung der Öffentlichkeit an der Politik kannte und mittlerweile viele Projekte zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen praktiziert, steht man in Südkorea in der Qualität solcher Beziehungen zwar noch ein wenig zurück. Doch gerade diese Tatsache macht die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft hier vor allem im sozialen und politischen Bereich noch deutlicher. Die neue Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Kräfte und deren Einflussnahme sollte sich deshalb idealer Weise sowohl auf den wirtschaftlichen als auch auf den politischen Bereich beziehen. So wie in einer Demokratie die Menschenrechte nicht am Werkstor abgegeben werden können, sollte man für ein post-neoliberales Zeitalter das Ziel vor Augen haben, Wirtschaftliches, Politisches bzw. Soziales nicht mehr zu trennen, um sie gegeneinander auszuspielen, sondern mit der Zivilgesellschaft als verbindende Klammer gemeinsam angehen zu können.

Im Gegensatz zu Südkorea hat Japan schon aufgrund der viel längeren Tradition von sozialdemokratischen oder zumindest wohlfahrtsstaatlichen Politiken einen entsprechenden Vorsprung. Die japanische Wirtschaftskraft konnte, anders als die südkoreanische, vorsorgen, bevor die Globalisierung des Neoliberalismus zur Konvergenz von damit zusammenhängenden Strukturproblemen sorgte und alle Industriestaaten mit ähnlichen Problemen konfrontierte. Auch die Mitbestimmung der Zivilgesellschaft in Lokal- und Kommunalpolitik ist in Japan weiter entwickelt als in Südkorea.³⁷ Das gleiche gilt für die Umsetzung Unternehmerischer Sozialverantwortung (*Corporate Social Responsibility, CSR*). Insofern verwundert auch die Wahlentscheidung der Mehrzahl der japanischen Bürger bei den vergangenen Parlamentswahlen nicht, die für eine deutliche Umkehr zu gerechter Bildungspolitik, weiterentwickelter Renten-, Gesundheits- und Wohlfahrtspolitik und Stärkung lokaler Autonomie gestimmt haben.

In Südkorea stehen nach knapp zwei Jahren neoliberalreaktionärer Politik durch die neue Regierung unter Lee Myung-bak nun die Regional- und Kommunalwahlen an. Unabhängig vom Wahlausgang ist es in Südkorea von großer Dringlichkeit, die Zivilgesellschaft näher an die Entscheidungen der Politik heranzubringen. Das heißt einerseits, dass institutionelle Veränderungen nötig sind, die für gesetzliche und infrastrukturelle Voraussetzungen für verbesserte Partizipationsmöglichkeiten sorgen. Gleichzeitig ist eine politische Weiterbildung der Bürger gefragt, die ihnen auch die notwendige intellektuelle Autonomie ermöglicht. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Dezentralisierung der politischen Institutionen, die von den Diktatoren jahrzehntelang aufgeschoben wurde und erst Mitte der 1990er Jahre zaghaft wieder aufgenommen wurde,³⁸ in eine tatsächliche Autonomisierung der Regionen und Kommunen übersetzt wird. Auch wenn dies in Japan immer noch ein wichtiges Thema ist, hinkt man in Südkorea weiter hinterher. Bisher hat sich die »neue Freiheit« gegenüber der Zentralregierung in den meisten Fällen darin ausgedrückt, dass versucht wird, in interregionalen Konkurrenzkämpfen internationale Großveranstaltungen anzuwerben. Und nicht ohne Zusammenhang dazu lässt sich erkennen, dass die Umsetzung von rudimentär eingeführten direktdemokratischen

37. Dass aber auch hier immer noch Verbesserungsbedarf herrscht, bestätigt z. B. die jüngste Untersuchung von Foljanty-Jost (2009).

38. Vgl. hierzu Ahn 2005.

Instrumenten im Ansatz stecken bleibt. Ein ganz wichtiger Aspekt für die Vorbereitung einer viel stärker an Entscheidungen beteiligten Zivilgesellschaft ist die nötige politische Bildung, damit die Bürger sich aus ihrer ein-dimensionalen und passiven »Polit-Barometer-Funktion« befreien. Erst wenn diese Aspekte, die einem im ersten Augenblick als selbstverständlich erscheinen mögen, gleichzeitig und ernsthaft angegangen werden, kann die Idee einer gleichberechtigteren Kooperation zwischen Markt, Staat und Gesellschaft unterfüttert und realistisch angegangen werden.

Japan und Südkorea³⁹ sind also mit sehr ähnlichen Fragen und Problemen konfrontiert sind. Eine Rejustierung des Verhältnisses von Staat, Markt und (Zivil-)Gesellschaft ist in beiden Ländern eine wesentliche Voraussetzung dafür, in Zukunft nachhaltig soziale und demokratische Politik zu ermöglichen.

Literatur

Ahn, Chung-Si (2005): National Democracy and Local Governance: Appraising a Decade of Local Democracy in South Korea. In: Ahn, Chung-Si (Ed.). New development in local democracy and decentralization in East Asia: Korea in comparative perspective. Seoul, Korea: Seoul National University Press.

Anderson, Setphan J. (1993): Welfare Policy and Politics in Japan – Beyond the Developmental State. New York: Paragon House.

Derichs, Claudia (1998): Soziale Bewegungen in Japan der Nachkriegszeit. In: Derichs, Claudia und Anja Osiander (Hrsg.). Soziale Bewegungen in Japan. Hamburg: Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e. V. Hamburg.

DeWit, Andrew (2009): »Change« comes to Japan? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse.

Eckert, Carter J. (1993): The South Korean Bourgeoisie: A Class in search of Hegemony. In: Koo, Hagen (Ed.). State and Society in Contemporary Korea. Ithaca and London: Cornell University Press.

Esping-Andersen, Gøsta (Hrsg.) (1996): Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies. London, Thousand Oakes: Sage.

Goodman, Roger; White, Gordon und Kwon, Huck-Ju (Hrsg.) (1998): The East Asian Welfare Model – Welfare Orientalism and the State. London, New York: Routledge.

Goodman, Roger; Peng, Ito (1996): The Asian Welfare States Peripatetic Learning, Adaptive Change and Nation-Building. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.). Welfare State in Transition. London: Sage Publications.

Heide, Holger (1997): Die Erzeugung individueller und kollektiver Überlebensstrategien als Voraussetzung für kapitalistische Entwicklung. Das Beispiel Südkorea. *Arbeitspapiere zur sozioökonomischen Ost-Asien-Forschung*. Nr. 4. SEARI.

Heide, Holger (1997a): Soziale Implikationen der erfolgreichen Strategie der Weltmarktintegration Südkorea. *Arbeitspapiere zur sozioökonomischen Ost-Asien-Forschung*. Nr. 1. SEARI.

Hofuku, Noriko (1984): Arbeiterbewegung in Japan. Aufschwung und Krise in der Nachkriegsperiode 1945–1952. Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft GmbH.

Hort, Sven E. O. und Kuhnle, Stein (2000): The coming of East and South-East Asian welfare states. *Journal of European Social Policy* 10: 162–184.

Jones, Catherine (1993): The Pacific Challenge. In: Jones, Catherine (Hrsg.). New Perspectives on the Welfare State in Europe. London: Routledge.

Köllner, Patrick (2009): Erdbeerschlag der Opposition in Japan: Hintergründe und Perspektiven. *GIGA Focus Asien* Nr. 10.

Foljanty-Jost, Gesine (2009): Partnerschaft als Leitmotiv kommunaler Politik: Ressource für lokale Demokratie? *Zivilgesellschaft und lokale Demokratie: Arbeitspapiere des Instituts für Politikwissenschaft und Japanologie*. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Kampeter, Werner (2004): Soziale Demokratie in Japan: Vorbild für Deutschland? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse.

Kim, Uchang (1993): The Agony of Cultural Construction: Politics and Culture in Modern Korea. In: Koo, Hagen (Ed.). State and Society in Contemporary Korea. Ithaca and London: Cornell University Press.

Kulesa, Steffi (2001): Konfuzianismus – Entwicklungshindernis oder Entwicklungsmotor. *Arbeitspapiere zur sozioökonomischen Ost-Asien-Forschung*. Nr. 9. SEARI.

Kwon, Soonman (1999): Wirtschaftskrise und Soziale Entwicklungen in Südkorea. *Korea Forum*.

Lee, Eun-Jeung (1997): Konfuzianismus und Kapitalismus. Markt und Herrschaft in Ostasien. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Lee, Eun-Jeung (2006): Japan: Verkannte Soziale Demokratie?. In: Meyer, Thomas. Praxis der sozialen Demokratie. Wiesbaden: VS, 374–440.

39. Bei aller Ähnlichkeit, die zu großen Teilen in der strukturellen Konvergenz durch die Globalisierung des Neoliberalismus bedingt zu liegen scheint, ist dennoch offensichtlich, dass sich Japan und Südkorea nicht nur von westlichen bzw. westeuropäischen Ländern unterscheiden, sondern voneinander.

Leisering, Lutz (2003): Die Entstehung »Neuer Wohlfahrtsstaaten« in Ostasien – Stichworte aus der neueren soziologischen Debatte mit perspektivischen Anwendungen auf Behindertenpolitik in Asien. In: Bernd von Maydell, Rainer Pitschas and Bernd Schulte (Hrsg.). Behinderung in Asien und Europa im Politik- und Rechtsvergleich. Mit einem Beitrag zu den USA. Baden-Baden: Nomos.

Lockhart, Charles (2001): Protecting the Elderly: How Culture shapes Social Policy. Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.

Mayer, Peter (2001): Südkoreas erfolgreiches Sozialversicherungssystem. *der überblick – Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit* 01/2001 (FES).

Miura, Atsuji (2006): Unterschichtsgesellschaft (haryu sahoi). Seoul: Paperhouse. (in koreanischer Übersetzung)

Nakatani, Iwao (2008): Warum ist der Kapitalismus zusammengebrochen? (jabonjueuineun wae muneojeoneunga). Seoul: Giparang. (in koreanischer Übersetzung)

Pohl, Manfred (1988): Die Systeme sozialer Sicherung in Japan und der Bundesrepublik Deutschland: Versuch eines wertenden Vergleichs. In: Pohl, Manfred (Hrsg.). Japan 1987/88. Politik und Wirtschaft. Hamburg: Institut für Asienkunde.

Rieger, Elmar und Leibfried, Stephan (1999): Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik in Ostasien. Der Einfluß von Religion im Kulturvergleich. In: Gert Schmidt und Rainer Trinczek (Hrsg.): Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Soziale Welt Sonderband 13. Baden-Baden: Nomos.

Schulz, Martin (2009): Country Analyses: Japan after the Crisis – From Recession to Permanent Decline? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analyses.

Shinkawa, Toshimitsu (1990): Politische Ökonomie von der Wohlfahrt nach japanischer Art (ilbonsaohobokjiewi jeongchigyeongjehak). Seoul: Hongikjae. (in koreanischer Übersetzung)

SERI (2006): Staatsgebiet- und Wohnungspolitik in Zeiten alternder Gesellschaft von Japan lernen (ilboneseo baeuneun goryeonghwa sidaeeui gugto-jtaek jeongchaek). Seoul SERI. (Koreanisch)

U, Seok Hun (2007): Die 500-Euro-Generation (palsibpalmanwonsedae). Seoul: Redian. (Koreanisch)

Walker, Alan and Wong, Chack-kie (Hrsg.) (2005): East Asian welfare regimes in transition: from Confucianism to globalization. Bristol, UK: Policy Press.



Über die Autoren

Laurent Baumel ist stellvertretender Internationaler Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Tibor Dessewffy ist Präsident von DEMOS, Ungarn, und Professor an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Eötvös Loránd Universität (ELTE), Budapest.

Gabor Gyori ist leitender politischer Analyst bei DEMOS, Ungarn.

Anke Hassel ist Professorin für Public Policy an der Hertie School of Governance, Berlin, und derzeit Senior Visiting Fellow am European Institute der London School of Economics.

Hannes B. Mosler befindet sich im politikwissenschaftlichen Promotionsstudium an der Seoul National University (Südkorea) und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Koreastudien der Freien Universität Berlin.

Carlos Mulas-Granados ist Direktor der Stiftung IDEAS in Spanien.

Christoph Pohlmann ist Referent in der Internationalen Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Lena Sommestad ist Professorin für Wirtschaftsgeschichte an der Universität von Uppsala, Schweden, und ehemalige schwedische Umweltministerin.

Mark Wickham-Jones ist Professor für Politikwissenschaft an der University of Bristol, Großbritannien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86872-300-7